

Rund um die Warschauer Straße

Spuren der Geschichte
und Stadtentwicklung



1 Karl-Marx-Allee

2

16

15

14

13

12

17

18

19

20

25

26

27

28

24

21

22

23

29

Kadiner-Straße

Grünberger Straße

Warschauer Straße

Grünberger Straße

Gübener Straße

Marchlewski-Straße

Helsingfors-Straße

Rund um die Warschauer Straße

Spuren der Geschichte und Stadtentwicklung

02	Vorwort, Einleitung und Eckdaten zum Sanierungsgebiet
04	Station 01: Frankfurter Allee / Karl-Marx-Allee / „Stalinallee“
05	Station 02: Boxhagener Straße
06	Station 03: Boxhagener Straße 15
07	Station 04: Boxhagener Straße 19/20
09	Station 05: Boxhagener Straße 111
11	Station 06: Boxhagener Straße 107/ Niederbarnimstraße 15
12	Station 07: Simon-Dach-Straße
14	Station 08: Simon-Dach-Straße 7
15	Station 09: Grünberger Straße 56/58
17	Station 10: Grünberger Straße 54
18	Station 11: „Grünberger Höfe“
19	Station 12: Warschauer Straße 14–15 / Grünberger Straße 25
21	Station 13: Grünberger Straße 23
22	Station 14: Lazaruskirche
24	Station 15: Kadiner Straße 20/20A
25	Station 16: Ludwig-Hoffmann-Grundschule
27	Station 17: „Hühner Gust‘l“
28	Station 18: „Comeniushof“
29	Station 19: Gubener Straße 22
31	Station 20: Gubener Straße 36
32	Station 21: Helsingforser Straße 23–39, Marchlewskistraße 92–108
33	Station 22: Helsingforser Platz
33	Station 23: „Wriezener Freiraumlabor“
34	Station 24: Warschauer Straße
35	Station 25: Warschauer Straße 26
36	Station 26: Warschauer Straße 62
37	Station 27: Warschauer Straße 60
38	Station 28: Warschauer Straße 58
39	Station 29: „Experimentierraum RAW“



Franz Schulz,
Bezirksbürgermeister

Liebe Bewohnerinnen, Bewohner und Gäste

nach 15 Jahren wurde die Sanierung rund um die Warschauer Straße abgeschlossen und die Sanierungsverordnung aufgehoben. Dies ist Anlass, um die städtebauliche und soziale Entwicklung des Gebietes in diesem Zeitraum zu bilanzieren, aber auch um zurückzublicken, auf das, was das Quartier über viele Jahrzehnte geprägt hat. Vielleicht lässt sich an keinem der Sanierungsgebiete Friedrichshain so deutlich wie an dem Quartier rund um die Warschauer Straße mit seinen vielen Gewerbehöfen aufzeigen, wie vielschichtig und zuweilen auch konfliktvoll sich historische Umbrüche auf die Stadtentwicklung ausgewirkt haben und sie heute noch prägen. Die unterschiedlichen Nutzungen der vielen Gewerbehöfe machen dies besonders anschaulich. Zwei Straßenzüge des ehemaligen Sanierungsgebietes stehen darüber hinaus für den Ortsteil Friedrichshain: die Warschauer Straße als zentrale Verkehrsachse und mit ihrer Mittelpromenade unverwechselbarer Orientierungspunkt sowie die Simon-Dach-Straße als Symbol für den Wandel des einstigen Arbeiterquartiers zum Szenebezirk.

Eines der einschneidendsten geschichtlichen Ereignisse in der Entwicklung des Quartiers war sicherlich der Fall der Mauer 1989. Als rund um die Warschauer Straße 1994 das Sanierungsgebiet festgelegt wurde, war es noch stark von seiner zu DDR-Zeiten randständigen Lage, einer jahrzehntelang vernachlässigten Erneuerung der Altbausubstanz und hohem Wohnungsleerstand

geprägt. Im Zeitraum der Sanierung hat es sich zu einem nachgefragten innerstädtischen Wohnquartier und Anziehungspunkt für Touristinnen und Touristen entwickelt. Der Wohnungsbestand wurde ebenso wie die Ausstattung des Gebietes mit Schulen, Kitas und öffentlichen Freiflächen erheblich verbessert.

Insbesondere jüngere Menschen schätzen das urbane Flair des Gründerzeitviertels mit seinen vielen Ausgelmöglichkeiten und Geschäften. Kehrseite dieser erfolgreichen Entwicklung sind aber auch soziale Verdrängungsprozesse aufgrund steigender Mieten. Sie bedürfen dringend der Gegensteuerung durch die Politik.

Mit dieser Broschüre bedanken wir uns bei all den Menschen, die sich für das Quartier engagiert haben. Sie soll auch allen neu zugezogenen Bewohnerinnen und Bewohnern die Möglichkeiten geben, ihren Wohnort besser kennenzulernen und helfen die baulichen Zeugnisse der dahinter stehenden Geschichte zu entdecken.

Ich lade Sie ein, sich auf einen Spaziergang durch das Quartier zu begeben. Folgen Sie den Spuren der verschwundenen Lazaruskirche, erfahren Sie etwas über das einst älteste Propellerwerk Deutschlands und finden Sie heraus, was der neugeschaffene Park an der Helsingforser Straße mit Natternköpfen und Lokomotiven zu tun hat. Viel Freude beim Lesen und Entdecken wünscht Ihnen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Franz Schulz'.

Franz Schulz, Bezirksbürgermeister Friedrichshain-Kreuzberg

Eckdaten des Sanierungsgebietes Warschauer Straße

38 ha Fläche
257 Grundstücke
5.600 Wohnungen
8.600 EinwohnerInnen

Sanierungszeitraum:
1994–2011



Das Gründerzeitviertel Warschauer Straße war 16 Jahre lang, bis zum April 2011, Sanierungsgebiet. Sein Wohnungsbestand wurde in dieser Zeit tiefgreifend erneuert. 90 Prozent der Wohnungen verfügen heute über einen Standard mit Bad und moderner Heizung und die Mehrzahl über den begehrten Balkon. Renovierte Fassaden, Hostels und Lofts in den zahlreichen alten Gewerbehöfen, die Neugestaltung des öffentlichen Raums und die Sanierung von Kinder- und Jugendeinrichtungen veränderten das Stadtbild.

Das Gebiet ist für neue Bewohner-schichten und TouristInnen hoch attraktiv. StudentInnen und Singles entdeckten nach der Wende den preiswerten Wohnraum. Heute schätzen auch junge Familien und Gutverdienende die urbanen Strukturen dieses Altbauquartiers mit guter Verkehrsanbindung, vielen Läden und einer bis spät in die Nacht arbeitenden Gastronomie. Die wenigen freien Grundstücke werden meist mit teuren Eigentumswohnungen bebaut. Das Quartier ist „in“, auch

wenn öffentliche Grünflächen fehlen und die Verkehrsbelastung partiell hoch ist. Die soziale Mischung in dem einst überwiegend von Arbeiter- und Handwerkerfamilien bewohnten Quartier nimmt ab – eine Kehrseite der Aufwertung.

Die dichte Besiedlung Friedrichshains setzte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts um den heutigen Ostbahnhof herum ein, zeitgleich mit der Ansiedlung von Industriebetrieben und der Anlage von Bahnhöfen. Das Gebiet beiderseits der Warschauer Straße wurde zwischen 1890 und 1910 bebaut. Friedrichshain war ein Prototyp der Mietskasernenstadt Berlin. Die Hinterhofwohnungen waren meistens dunkel und feucht, schlecht belüftet, mangelhaft ausgestattet und überbelegt – ein Sinnbild des Wohnungselends. In den großzügigeren Vorderhauswohnungen residierte das Bürgertum, zu Beginn wohnte nicht selten der Grundstückseigentümer in der Beletage. Nationalsozialismus und Krieg bedeuteten eine Zäsur, auch städtebaulich. Drei Viertel aller Wohnungen

in Friedrichshain wurden ganz oder teilweise zerstört. DDR und Mauerbau brachten den nächsten Einschnitt. Friedrichshain wurde von Kreuzberg getrennt. Der innerstädtische Stadtteil verkümmerte zum Randbezirk. Der Fall der Mauer kehrte den Prozess um und bettet Friedrichshain wieder in die traditionelle Stadtstruktur ein. Dies bringt viele Vorteile für seine BewohnerInnen, aber auch Nachteile. Das Geschäft mit Immobilien und dem Tourismus blüht. Einkommensärmere BewohnerInnen sind häufig VerliererInnen dieses Prozesses.

Wir werden auf einen Spaziergang gehen und uns von der nördlichen Begrenzung des Sanierungsgebietes zu seiner südlichen Grenze bewegen. Erfahren Sie einiges über die Menschen, die Geschichte und den 16-jährigen Sanierungsprozess! Die Karte auf der Innenseite des Einbandes verschafft Ihnen einen Überblick über das Gebiet und die hier beschriebenen 29 Stationen. Acht Exkurse beleuchten die Hintergründe der Entwicklung.

01— „Stalinallee“

Frankfurter Allee 1945 (links); Frau mit Kind in der „Stalinallee“ Anfang der 1950er Jahre (Mitte); „Stalinallee“ 1957 (rechts) und 1952 (unten)



„Stalinallee“: „Der letzte durchgestaltete Boulevard im Europa des 20. Jahrhunderts“



Die beiden 40 Meter hohen Türme am Frankfurter Tor sind vielleicht das berühmteste Wahrzeichen Friedrichshains. Sie gehören zum Baubereich der „Stalinallee“, wie die Karl-Marx-Allee und die Frankfurter Allee zwischen 1949 und 1961 hießen. Der Straßenzug dokumentiert den tiefgreifenden Wechsel der städtebaulichen Leitbilder und der Baupolitik der DDR in den 50er Jahren. Die Laubenganghäuser an der Karl-Marx-Allee 102/104 und 126/128 sowie die Zeilenbauten zwischen Hildegard-Jadamowitz- und Graudenzer Straße sind ein Fragment der ursprünglichen Planung. Kaum waren sie fertiggestellt, wurde die

zugrundeliegende Konzeption für den Wiederaufbau der Stadt geändert. Fragen des Baustils wurden vor dem Hintergrund der Systemkonkurrenz zwischen Ost und West zum Politikum und damit Regierungsangelegenheit. Statt an der aufgelockerten, durchgrünten Stadt des „Neuen Bauens“ sollte sich das sozialistische Bauen jetzt an historischen Stadtstrukturen und „nationalen“ Traditionen orientieren. Der hohe Neubaubedarf führte allerdings dazu, dass nur einige Jahre später der Massenvohnungsbau stärker ökonomischen Vorgaben folgte.

Die Stalinallee, wichtiges Aushängeschild des Sozialismus, sollte als repräsentative „Magistrale“ nach dem Vorbild Moskauer Prachtstraßen von „Arbeiterwohnpalästen“ gesäumt sein. Die kommunale Verfügbarkeit über Grund und Boden erlaubte eine konsequente Realisierung der Planung im Rahmen des Nationalen Aufbauprogramms. Die Bebauung der Stalinallee wird vor allem mit dem Architekten Hermann Henselmann verbunden,

von dem die bekanntesten Bauten wie die Türme am Frankfurter Tor stammen. Zwischen Strausberger Platz und Proskauer Straße entstanden insgesamt 5.500 Wohnungen. Sie sind für die Nachkriegsverhältnisse großzügig und luxuriös ausgestattet. Besonders trifft dies auf die fast 2.600 Wohnungen zu, die mit ihren neoklassizistischen, vielfältig dekorierten Fassaden den 70 bis 90 Meter breiten und rund zwei Kilometer langen Straßenabschnitt einfassen. Statuen, Reliefs und Mosaik mit Szenen aus dem Arbeitsleben transportieren realsozialistische Gesellschaftsideale. In den 50er Jahren erhielten Tausende als Gegenleistung für die Arbeit in sogenannten Aufbauschichten ein Los für eine der



Boxhagener Straße zu Beginn des 20. Jahrhunderts; Bebauungsplan, Abt. XIV; Stand 1900



Wohnungen, in die viele AufbauhelferInnen und Bauarbeiter einzogen.

Der Bau der Stinallee ist eng verknüpft mit einem historischen Datum. Am 16. Juni 1953 formierten sich dort die Bauarbeiter zu einem Demonstrationszug und forderten die Rücknahme der zuvor beschlossenen Erhöhungen der Arbeitsnormen und eine Senkung der Lebenshaltungskosten.

Der Protest erfasste am folgenden Tag großflächig die DDR und führte dazu, dass der Ausnahmezustand verhängt wurde.

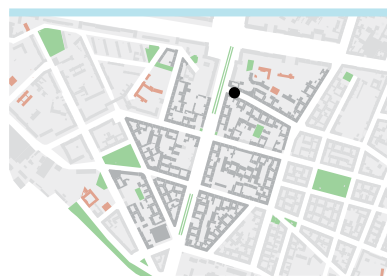
Mindestens 55 Menschen verloren im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen am 17. Juni 1953 ihr Leben.

Heute ist dieser Straßenzug weltberühmt und steht unter Denkmalschutz. Die ihn umgebenden Teilbereiche des „Sozialistischen Wohnkomplexes“ sind ebenfalls durch das Denkmalrecht besonders geschützt. Die Architektur spaltet immer noch die Geister: Die einen rühmen die Straße als „letzten

durchgestalteten Boulevard im Europa des 20. Jahrhunderts“, die anderen bezeichnen ihre Bauweise wegen der Detailverliebtheit abschätzig als „Zuckerbäckerstil“. Die Wohnungen sind heute wieder begehrt wie damals.

Mit dem EigentümerInnenwechsel wurden ab 1990 erste Sanierungsarbeiten durchgeführt, die aber bis heute noch nicht abgeschlossen sind. Es ist zu erwarten, dass die steigende Nachfrage nach Eigentumswohnungen den Sanierungsprozess beschleunigen wird.

Boxhagener Straße: Vom Feldweg zur innerstädtischen Hauptstraße



Die Boxhagener Straße ist eine der ältesten Straßen in Friedrichshain. Sie verläuft entlang dem ehemali-

gen Feldweg „Alte Cöpenicker Weg beim Boxhagen“. Dieser einstige Landweg führte zum Vorwerk Boxhagen, einem 1591 erstmals urkundlich erwähnten Gutshof, der sich ungefähr dort befand, wo heute die Gryphiusstraße in die Boxhagener Straße mündet. 1771 wurden acht Familien im Bereich der heutigen Grundstücke Boxhagener Straße 89 und 69 angesiedelt.

Es handelte sich um Religions- und Armutsflüchtlinge aus Böhmen, die der preußische Staat gezielt anwarb, um die brachliegenden Flächen in der Umgebung Berlins zu kultivieren. Jeder, der sich ansiedeln wollte, erhielt kostenlos ein Haus, einige Obstbäume sowie Geld für die Reise und zum Kauf von Dünger.

Das zunächst in Erbpacht vergebene Grundstück, für das in den ersten sechs Jahren keine Pacht bezahlt werden musste, konnte in der dritten Generation verkauft werden. Mitte des 19. Jahrhunderts wurde der Landweg ausgebaut und im westlichen Teil in Boxhagener Straße umbenannt.

03— Boxhagener Straße 15

Blick auf Klavierfabrik Boxhagener Straße 16 mit Seitenflügel Boxhagener Straße 15 1998, Joachim Kraft

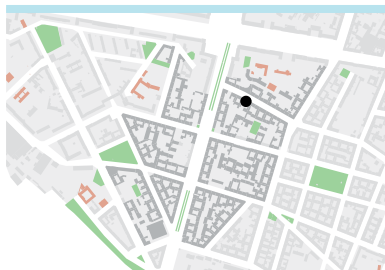


Der östliche Teil hieß zunächst Boxhagen bzw. Alt Boxhagen. Mit der Stadterweiterung Berlins verschwand die ländliche Prägung der Gegend, und es entstanden dort Gewerbe- und Industriebetriebe, die zum Motor für die städtische Entwicklung Friedrichshains wurden. Seit 1919 heißt der ehemalige Landweg in seiner gesamten Länge Boxhagener Straße. In ihr lebten überwiegend Arbeiter-, Handwerker- und Krämerfamilien. In die großzügigen Vorderhauswohnungen zogen aber durchaus auch wohlhabende BürgerInnen.

Bis 1978 kreuzte die Boxhagener Straße die Warschauer Straße. Durch die Überbauung auf der westlichen Seite verschwand dieser Straßenabschnitt. Die Straße, zur DDR-Zeit bekannt für ihre Fachgeschäfte, verlor nach der Wende ihre alte Ladenstruktur. Erst seit einigen Jahren gewinnt sie, obwohl stark durch den Autoverkehr belastet, wieder an Attraktivität. Mit Abschaffung des Gehwegparkens und der Entscheidung, neue Bäume

zu pflanzen und Baumscheiben zu begrünen, sind erste Schritte zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität getan.

Boxhagener Straße 15: „Für Kartoffelschalen gab es Brennholz“



Joachim Kraft hat fast sein ganzes Leben in der Boxhagener Straße 15 verbracht. Mit einer kleinen Unterbrechung wohnt er dort seit 1927. In seiner Kindheit lebte er mit seinen Pflegeeltern im Seitenflügel. Die Ein-Zimmer-Wohnung hatte zwar kein Bad, aber eine Innentoilette. Die Familie lebte in der Küche, die immer warm gehalten wurde. In der „guten Stube“, die auch als Schlafzimmer diente, hielt man sich tagsüber nur an Sonn- und Feiertagen auf. Im Vorderhaus wohnten die



bessergestellten Leute, so etwa der Hausbesitzer oder ein Finanzbeamter. Dort befanden sich die großen Wohnungen wie die Sechseinhalb-Zimmer-Wohnung des Vermieters. Heute wohnt Herr Kraft, der 35 Jahre Bezirksschornsteinfegermeister in Friedrichshain war, in der einen Hälfte einer solchen ehemals herrschaftlichen Suite, die nun in zwei Wohnungen unterteilt ist.

Die Nachbarn der Familie Kraft hatten noch mit eigenen Augen gesehen, wie das ganze Viertel innerhalb weniger Jahren dort gebaut wurde, wo kurz zuvor Kornfelder noch wogten. „Ein Stein, ein Kalk, ein Bier, ohne Greifer und Schubeinheiten, alles manuell. Der Hucker ist

Arbeitseinsatz der PatInnen auf dem Spielplatz „Grünberger Garten“



mit den Steinen auf dem Rücken das Gerüst hoch gelaufen und hat dem Maurer die Steine und den Kalk gebracht. Mit diesen Kräften ist ein ganzes Stadtviertel gebaut worden“, erzählt Joachim Kraft. In seiner Kindheit und Jugend fuhr im Herbst noch die Bauern durch die Straße, um ihre Ernte zum Verkauf anzubieten. Damals kauften die Leute die Kartoffeln säckeweise und lagerten sie im Keller ein. Die Kartoffelschalen sammelte man und brachte sie in die Warschauer Straße 9. Dort waren ein Pferde- und ein Kuhstall auf dem zweiten Hof, und die Schalen fanden als Viehfutter Verwendung. Für die Kartoffelschalen erhielt man Anmachholz, das wiederum von den Tischlereien der Umgebung kam. Manchmal durften die Kinder eines der Pferde reiten.

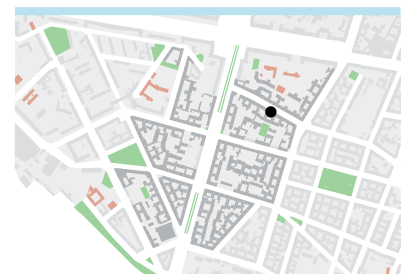
Da die Boxhagener Straße eine Zufahrtsstraße nach Köpenick und raus aufs Land war, kamen am Himmelfahrtstag die geschmückten Kremser vorbei. Dann standen die Leute am Straßenrand oder auf

ihrem Balkon und bewunderten die Pferdefuhrwerke.

Obwohl die Straße anders als heute wenig befahren war, spielten die Kinder am liebsten auf dem Hinterhof. „Die Fabrikhöfe des Nachbarhauses Boxhagener Straße 16 waren für uns ein Abenteuerspielplatz“, erinnert sich Herr Kraft. „Dort konnte man bis zum dritten Hof verstecken spielen oder in den Lastzügen der Betriebe sitzen, weil die manchmal nicht abgeschlossen waren. Wir sind dort Rollschuh gelaufen. Das muss ein Mordslärm gewesen sein, denn wir waren ja viele Kinder. Eine besondere Attraktion war die Heilsarmee mit ihren Uniformen, die ihre Räume im Vorderhaus der Nr. 16 hatte. Die zogen aus und kämpften für den lieben Gott und gegen den Alkohol. Wenn sie abends singend wiederkamen, dann hatten sie wohl gewonnen. Sonntags gab es Kinderkino für 25 Pfennig. In der Umgebung gab es etliche Kinos. Nicht nur die Großen wie den Germania-Palast in der Frankfurter Allee, wo die Ufa-Filme

gezeigt wurden, sondern viele kleine Kinos wie das ‚Intimes‘. Es war schon eine schöne Gegend.“

Boxhagener Straße 19/20: Hausgemeinschaft mit Patenkind



Das „Schlösschen“, wie der große Wohnkomplex Boxhagener Straße 19/20 aufgrund seiner baulich beeindruckenden Erscheinung liebevoll von älteren AnwohnerInnen genannt wird, hat seine Sanierung seit mehr als zehn Jahren hinter sich. Um die Jahrtausendwende, zur Hochphase der Sanierung, erhielt der Eigentümer eine öffentliche Förderung für die Modernisierung und Instandsetzung der 47 Wohnungen des Hauses im Programm der Sozialen Stadterneuerung. Im Gegenzug verpflichtete er sich,

Aschinger-Verkaufsstelle 1936



In den 1930er Jahren gab es im Haus Boxhagener Straße 19/20 eine der über 20 Verkaufsstellen in Berlin, in denen Aschinger-Produkte vertrieben wurden. Die Lebensmittel wie Brot, Brötchen oder Wurst stellte Aschinger in eigenen Fabriken her. Aschinger war für seine Konditoreien und vor allem Bierstuben berühmt, in denen man preiswert essen konnte.

über einen Zeitraum von 25 Jahren Mieten- und Belegungsbindungen einzuhalten.

Mit dem im Sanierungsgebiet vorgeschriebenen Sozialplanverfahren und den begrenzten Mieten nach Modernisierung konnte weitgehend verhindert werden, dass die BewohnerInnen ihr gewohntes Umfeld unfreiwillig verließen. Und so zog die überwiegende Mehrheit nach Abschluss der Baumaßnahmen entweder ins Haus zurück oder in eine andere, ebenfalls mietpreisgebundene sanierte Wohnung in der Umgebung. Trotzdem hat sich inzwischen die Mieterschaft komplett verändert.

Doch damals wie heute wohnen in dem Haus viele Familien, da der Anteil von familiene geeigneten Wohnungen besonders hoch ist. Vor allem unter Alleinerziehenden und jungen Familien sind diese Wohnungen begehrt, weil sie aufgrund der öffentlichen Förderung relativ preiswert sind. Das nachbarschaftliche Verhältnis ist gut und beson-

ders intensiv unter den Familien. Es gibt auch ein gemeinsames „Patentkind“: Vor fünf Jahren übernahm eine Gruppe von HausbewohnerInnen offiziell die Patenschaft für den angrenzenden Kinderspielplatz in der Grünberger Straße 43-45. Vom Grundstück aus gelangt man durch ein Gartentor direkt auf den Spielplatz. Das ist ein Riesenvorteil in der Großstadt. Für Eltern und Kinder ist der Spielplatz fast wie ein eigener Garten. Die Hausgemeinschaft hat sich deshalb schon früh um den 2006 eingeweihten Spielplatz gekümmert, denn sie stellte bald fest, dass die Pflege der Grünfläche vor allem in den Sommermonaten nicht ausreicht und die Liegewiese zu vertrocknen drohte. Jetzt regelt ein Plan, wer wann Pflanzen gießt, den Kies von der Wiese fegt oder für Sauberkeit sorgt. Am Eingang weist mittlerweile ein Schild auf das ehrenamtliche Engagement der PatInnen hin.

Der Bezirk stellte eine Grundausrüstung für die Pflege zur Verfügung, ermöglicht den Zugang zur Wasser-

stelle und nimmt im Grünflächenamt Mängelmeldungen entgegen. Mittlerweile ist eine ganze Menge zu tun, denn der Spielplatz wird intensiv genutzt, auch für Kindergeburtstage – und nicht nur von Kindern, sondern auch von jugendlichen Gästen aus dem gegenüberliegenden Hostel. Trotzdem funktioniert die Patengruppe nach wie vor gut. Wenn mal jemand aussteigt, weil seine Kinder dem Spielplatz „entwachsen“ sind, mangelt es nicht an NachrückerInnen aus der Hausgemeinschaft.

SOZIALPLANVERFAHREN

Ein wesentlicher Bestandteil des Sanierungsprozesses war das sogenannte Sozialplanverfahren, das im Baugesetzbuch in den Paragraphen 180 und 181 verankert ist. Danach muss die Kommune sicherstellen, dass soziale Härten als Folge von Sanierungsmaßnahmen verhindert oder abgemildert werden. In den „Leitgedanken zur Sozialen Stadterneuerung“ für Berlin wird die Genehmigung von Sanierungsmaßnahmen, um deren Sozialverträglichkeit zu gewährleisten, an Voraussetzungen

Grundrissplan 1910; Fabrikgebäude mit Lofts; Fabrikgebäude vor dem Umbau 2003 (unten)

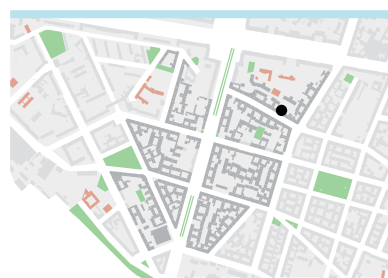


geknüpft: Der ansässigen Bevölkerung soll der Verbleib in ihrem vertrauten Wohn- und Lebensraum ermöglicht und die Sozialstruktur erhalten werden. Erneuerungskonzepte werden unter Mitwirkung der Betroffenen entwickelt und einvernehmlich gestaltet. Es wird ein Ausgleich zwischen städtebaulichen und sozialen Zielsetzungen geschaffen.

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens wurde nicht nur der Umfang der Maßnahmen ausgehandelt, sondern auch die Miethöhe nach der Sanierung begrenzt, um so die sozialen Sanierungsziele umsetzen zu können. Die wichtigste Steuerungsmöglichkeit hierfür boten die Mietbindungen und Belegungsvorschriften im Programm der Sozialen Stadterneuerung sowie die vom Bezirk festgelegten Mietobergrenzen nach der Sanierung. Nachdem 2002 die öffentliche Förderung für Sanierungsmaßnahmen von Wohnraum eingestellt und die Mietobergrenzen durch die letztinstanzliche Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 24.5.2006 abgeschafft wurden, ist es deutlich schwieriger, die Verdrängung von einkommensschwächeren Bewoh-

nerInnengruppen zu verhindern. Insgesamt waren im Zeitraum der Sanierung rund 1700 Haushalte im Gebiet Warschauer Straße in ein Sozialplanverfahren einbezogen. Rund 70 Prozent dieser Haushalte erhielten eine Wohnung in Friedrichshain, die Hälfte davon in ihrem bisherigen Wohnumfeld.

Boxhagener Straße 111: Post-Moderne



Einst produzierte hier auf fünf Etagen Berlins größte „Special-Tischfabrik“. Das Gebäude mit dem vorgelagerten Wohnhaus wurde im Auftrag des Tischlermeisters Adolf Richter 1904 gebaut. Die Straßenfassade war reich an neobarocken Verzierungen, die später im Zuge von Fassadenarbeiten vereinfacht wurden. Von der ursprünglichen

hinteren Wohnbebauung existiert aufgrund eines Kriegsschadens nur noch ein Teil des Seitenflügels, das Quergebäude ist ganz verschwunden. Die Fassade des Fabrikgebäudes mit den für die Jahrhundertwende typischen hellen Glasur-Klinkern und Gesimsbändern, gotisch anmutenden Fenstern und Ornamenten sowie turmartigen Vorsprüngen ist hingegen erhalten geblieben und strahlt den Charme alter Industriearchitektur aus. Vorderhaus und Fabrikgebäude sind als Ensemble denkmalgeschützt. Bis 1926 war in dem Fabrikgebäude das Holzverarbeitende Gewerbe ansässig. Die Stahlbetondecken und die gute Belichtung erlaubten unterschiedliche Nutzungen mit



Boxhagener Straße 107 / Niederbarnimstraße 15: Hauswand für Streetart



schweren Maschinen. Mitte der 1920er Jahre zog die Reichspost ein. Die Post nutzte den Gebäudekomplex über alle historischen Brüche hinweg jahrzehntelang als Postverteilzentrum, Paketdienststelle und Fernmeldeamt. Zeitweise stellte sie ihren Angestellten Wohnungen im Vorderhaus zur Verfügung.

Anfang 2000 kaufte ein neuer Investor das Objekt. Vorderhaus und Fabrikgebäude wurden 2004 saniert, wobei das Fabrikgebäude für Wohnzwecke umgebaut und in Teileigentum umgewandelt wurde. Anders als in der Boxhagener Straße 117 hatte dies nicht zur Folge, dass alteingesessene Handwerksbetriebe gekündigt und verdrängt wurden, um lukrative Geschäfte mit dem Verkauf von Wohnlofts zu machen, denn das Fabrikgebäude stand bereits seit 1996 leer.

Heute befinden sich hier 44 Lofts und in dem aufgestockten Dachgeschoss sieben Penthouses. Eine Besonderheit sind die flexiblen Grundrisse, die den Zusammenschluss mehrerer Wohneinheiten

erlauben. Nach hinten blickten die BewohnerInnen bei Einzug auf eine Brache mit verwildertem Grün und einen Nachbarschaftsgarten. Seit November 2010 ist dort in der anspruchsvoll umgebauten ehemaligen Franz-Fühmann-Schule aus den 1960er Jahren die Bezirkszentralbibliothek untergebracht. Ihre Fassade mit den vorgehängten Zedernholz-Lamellen ist ein regelrechter Blickfang. Bald wird auf der angrenzenden Fläche noch eine Kita gebaut und, wenn alles nach Plan läuft, entsteht auch ein kleiner Park.

WOHNUNGSSTRUKTUR

Im Gebiet gibt es rund 5600 Wohnungen. Viele von ihnen wurden im Zuge der Sanierung erheblich verbessert. Heute verfügen mehr als 90 Prozent der Wohnungen über Bad und Heizung, die meisten auch über wohnwerterhöhende Merkmale und Sondermerkmale nach Mietspiegel. Rund 16 Prozent des Bestandes wurden nach 1990 errichtet. Die seit 2003 neu geschaffenen Wohnungen gehören ausschließlich zum oberen Wohnungsmarktsegment:

Es sind Loftwohnungen, Dachgeschossausbauten, Pent- und Townhouses. Hier ist der Anteil von selbstnutzenden EigentümerInnen auch überdurchschnittlich hoch.

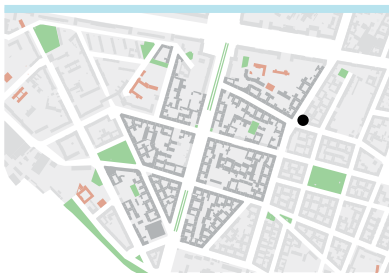
Die Struktur des Wohnungsbestandes hat sich durch die Sanierung und den Neubau deutlich zugunsten größerer Wohnungen verändert. Waren vor der Sanierung fast 80 Prozent Ein- und Zwei-Zimmerwohnungen, so sind es heute knapp 60 Prozent. Der Anteil von Ein-Zimmerwohnungen hat sich in diesem Zeitraum sogar halbiert. Demgegenüber ist die Quote der Wohnungen mit drei und mehr Zimmern auf 40 Prozent gestiegen. Doch nur in 15 Prozent der Haushalte leben drei und mehr Personen.

Die Mieten im Gebiet liegen über den Durchschnittswerten des Berliner Mietspiegels 2011. Knapp 15 Prozent aller Wohnungen sind mit öffentlichen Mitteln im Programm der Sozialen Stadterneuerung saniert worden und unterliegen damit einer Mieten- und Bindungsbindung. Nur über diesen Bestand kann der Bezirk Einfluss auf Verdrängungsprozesse nehmen.

Graffiti am Haus Niederbarnimstraße 15; Kinokasse zur DDR-Zeit; Lichtreklame Kino Intimes



Boxhagener Straße 107/ Niederbarnimstraße 15: Soziale Stadterneuerung und Räume für Kinoräume



Das „Intimes“ ist neben den „Tilsiter Lichtspielen“ in der Richard-Sorge-Straße das älteste Kino in Friedrichshain. 2010 konnte es sein 100-jähriges Bestehen feiern. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gab es eine Vielzahl dieser kleinen Kinos in den Erdgeschossen der Wohnhäuser, die man im Volksmund auch Pantoffel- oder Flohkinos nannte. Während der DDR-Zeit war das „Intimes“ für seine Dokumentarfilmreihen und für die anspruchsvollen russischen und polnischen Filme in seinem Programm bekannt. Hin und wieder wurde auch mal ein Kassenschlager aus dem Westen wie „Spiel mir das Lied vom Tod“

gezeigt. Die Eintrittskarte kostete 1,50 Mark plus 5 Pfennig Kulturbeitrag, der das Kino subventionieren sollte.

Nach der Wende wurde das „Intimes“ durch die Treuhandanstalt zum Verkauf ausgeschrieben. Doch wurde es nicht verkauft, sondern einem Unternehmer, der im Westteil der Stadt schon einige Kinos besaß, kostenlos übereignet. Von den zehn Leuten, die vorher beschäftigt waren, wurden nur die jetzige Betreiberin und eine weitere Person übernommen. Anfang der 90er Jahre blieb erst einmal das Publikum weg. Grund dafür mögen die nach dem Mauerfall deutlich erhöhten Eintrittspreise gewesen sein. Zudem herrschte auch eine gewisse Kinomüdigkeit, weil nun der neu erworbene Videorekorder es möglich machte, die Filme zu Hause anzuschauen.

Seit 1993 betreibt Frau Krischok das „Intimes“ in eigener Regie und seit Ende der 1990er Jahre gemeinsam mit ihrem Mann. Das Ehepaar

möchte die Tradition des Programmkinos fortsetzen, aber im Zeitalter von Internet, DVD und Multiplex-Kinos sowie angesichts der vielen Kulturevents in Berlin ist das wirtschaftliche Überleben für ein kleines Kino mit nur 83 Plätzen schwer und verlangt so manchen Kompromiss in der Programmgestaltung. So sehen sich die Kinobetreiber gezwungen, das Programm mehr als früher am Mainstream auszurichten. Die sozialen Veränderungen im Kiez haben auch die erhöhte Nachfrage nach nicht-deutschsprachigen Filmen in Originalfassung gesteigert. 1998 kaufte die Genossenschaft SelbstBau e. G. auf Initiative der Hausgemeinschaft das Haus. Auf diese Weise sollten bezahlbare Mieten und die Beteiligung der BewohnerInnen an den Sanierungsentscheidungen gewährleistet werden. Außerdem ging es darum, das Kino zu retten, was nicht zuletzt aufgrund der günstigen Mietkonditionen auch gelang. Fördermittel aus dem Programm für bauliche Selbsthilfe, das es bis 2002 gab, ermöglichten eine Umsetzung der

Conditorei in der Simon-Dach-Straße 5 um 1910; Bepflanzte Baumscheiben 2010

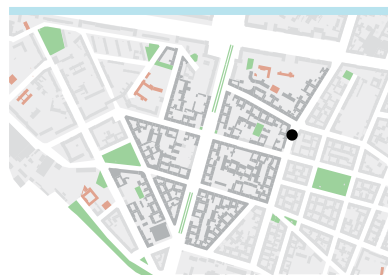


sozialen Ziele bei gleichzeitiger Sanierung des Hauses. Alle BewohnerInnen wurden mit einem Beitrag von heute rund 500 Euro Genossenschaftsmitglieder. Zusätzlich mussten sie einen Eigenanteil am Erwerb und den Sanierungskosten aufbringen, der sich nach der Wohnungsgröße richtete. Dieser Eigenanteil konnte in Geld oder Arbeitsstunden erbracht werden. Das war nicht für alle leicht, und manche zogen deshalb während des dreijährigen Sanierungsprozesses aus.

Heute ist der Kontakt untereinander weniger intensiv als während der Bauphase. Die Lebenssituationen haben sich verändert, aber man hat sich über die Jahre besser kennengelernt und unterstützt sich im Alltag. Ungefähr die Hälfte der ursprünglichen BewohnerInnen lebt heute noch im Haus. Die Warmmiete beträgt zurzeit 5 Euro pro Quadratmeter. Sie wird sich mit dem Abbau der Zinszuschüsse um 50 Cent pro Quadratmeter erhöhen, dann aber nach Angaben der Genossenschaft in den nächsten 5 bis

10 Jahren nicht weiter steigen. Damit ist die Miete erheblich günstiger als bei vergleichbaren Wohnungen in Friedrichshain oder anderen innerstädtischen Wohnlagen. Nicht nur Frau Krischok will deshalb im Haus wohnen bleiben.

Simon-Dach-Straße: Zwischen Wirtschaftsfaktor und Wohnort



Namensgeber der heute weit über Friedrichshain hinaus bekannten Kneipen- und Gastronomiemeile ist der Lyriker Simon Dach (1605 – 1659). Bis zur Wende war die Simon-Dach-Straße eine typische Wohnstraße, in der sich nur vereinzelt Geschäfte, Handwerksbetriebe oder Gaststätten befanden. Nach 1990 veränderte sich die Gewerbestruktur vollständig. Die Simon-Dach-

Straße wurde zum Inbegriff für den Imagewandel Friedrichshains zum „Szenebezirk“.

Innerhalb kurzer Zeit verschwand in der Umgebung die für das Sanierungsgebiet so prägende Hinterhofindustrie. Kleine Gewerbetreibende bekamen Konkurrenz durch Großmärkte. Den Reparaturbetrieben – etwa für Schirme, Spielwaren oder gar Strümpfe – brach die Kundschaft weg. Alteingesessene Geschäfte mussten entweder aufgeben oder ihr Sortiment umstellen. Die rasch folgenden Mieterhöhungen und die Sanierung beschleunigten diesen Prozess.

Mitte der 90er Jahre hatte die Bezirksverwaltung offensiv für die Ansiedlung von Gastronomiebetrieben in der Simon-Dach-Straße geworben und diese Idee in Beratungsgesprächen auch an die sanierungswilligen EigentümerInnen herangetragen. Mit ihren Stuckfassaden, dem Baumbestand und vor allem den breiten Gehwegen schien die Straße für Kneipen und Restaurants besonders geeignet.

Simon-Dach-Straße



Gegen Ende der 90er Jahre zogen Cafés, Mode- oder Buchläden in die bis dahin leerstehenden Ladenräume ein.

Diese Entwicklung erfasste nach und nach das gesamte Boxhagener Quartier. Umbaumaßnahmen im Straßenraum und neue Einbahnstraßenregelungen wirkten verkehrsberuhigend und verbesserten die Aufenthaltsqualität der Simon-Dach-Straße. Die Betroffenenvertretung setzte sich dafür ein, dass historische Gestaltungselemente der Straße, wie die Granitpflasterung, erhalten blieben. Sie engagierte sich für die Bepflanzung der Baumscheiben und gewann PatInnen, die sich darum kümmerten.

Neben neuen Bewohnerschichten wurden zunehmend auch TouristInnen angelockt. Sie sind mittlerweile zum zentralen Wirtschaftsfaktor geworden. In keinem Reiseführer fehlt der Hinweis auf die Attraktionen der Simon-Dach-Straße. Mehr als 30 Kneipen, Restaurants und Imbisse dominieren heute die Straße. Allein neun Gastronomiebetriebe

bieten rund 1800 Sitzplätze. Das führt häufig zu Konflikten mit lärmgeplagten AnwohnerInnen – trotz der Vermittlungsgespräche mit WirtInnen, NachbarInnen und Stadträten. Insbesondere in den Sommermonaten klagen AnwohnerInnen über Lärmbelästigungen aus den Schankvorgärten und durch nächtliche KneipenbesucherInnen.

BÜRGERINNENBETEILIGUNG IM SANIERUNGSGEBIET

Zum erklärten Selbstverständnis der Stadtentwicklungspolitik gehört es heute, die betroffenen BürgerInnen an Planungsentscheidungen zu beteiligen. Auch die BewohnerInnen erwarten von Politik und Verwaltung, dass sie in Entscheidungsprozesse der Stadtentwicklung frühzeitig einbezogen werden.

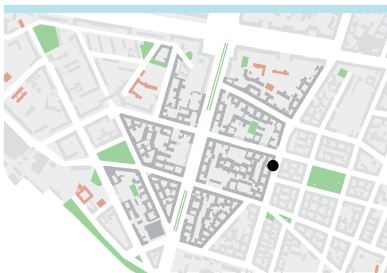
Das Baugesetzbuch sichert den Betroffenen ein Recht auf frühzeitige Information, Beratung und Mitwirkung bei Sanierungsmaßnahmen zu. Die Ausführungsbestimmungen, die der Berliner Senat dazu erlassen hat, sehen u.a. die Wahl einer Betroffenenvertretung vor, in der sich neben BewohnerInnen auch

Gewerbetreibende und GrundstückseigentümerInnen engagieren können. Im Sanierungsgebiet Warschauer Straße ermöglichten regelmäßige Sanierungsbeiratssitzungen, öffentliche Erörterungsveranstaltungen und Workshops zu gebietsbezogenen Themen, Kiezspaziergänge, die Sanierungszeitung „Friedrichshain“, Internetpräsentationen und nicht zuletzt die seit Beginn der Sanierung aktive Betroffenenvertretung eine Information über das Sanierungsgeschehen und eine Mitwirkung am Sanierungsprozess. Im Sanierungsbeirat wurden vierteljährlich Planungen und Problemfälle vorgestellt und von den Beteiligten erörtert. Durch repräsentative Befragungen wurde außerdem die Haltung der BewohnerInnen zu den Veränderungsprozessen im Zuge des Sanierungsgeschehens ermittelt. Nach der förmlichen Aufhebung des Sanierungsgebietes Warschauer Straße im April 2011 existiert die Betroffenenvertretung nicht mehr. In deren Räumen kann jedoch das Stadtteilbüro Friedrichshain weiterarbeiten und sich auch zukünftig für eine partizipativ gestaltete Quartiersentwicklung in Friedrichshain einsetzen.

Simon Dach Straße 7: Sanierte Fassade 2011; Unsanierte Fassade



Haus Nummer 7: Schmuckstück der Simon-Dach-Straße



Das 1905 erbaute Haus war eines der letzten Objekte, das vor der Aufhebung des Sanierungsgebietes erneuert wurde. Es beeindruckt durch seine reich verzierte weiße, von Stuckateuren sorgfältig restaurierte Fassade. „So behutsam wurde selten mit der historischen Bausubstanz umgegangen“, sagt eine ehemalige Bewohnerin. „Einige andere Häuser glänzen zwar auch mit schmuckreichen Gründerzeitfassaden, aber meistens wurde der alte Stuck abgeschlagen und durch vorgefertigte Stilelemente ersetzt.“ Bevor das Haus saniert wurde, vergingen etliche Jahre, in denen es zunehmend verfiel und leer werdende Wohnungen nicht mehr vermie-

tet wurden. Wechselnde Modernisierungsankündigungen hielten die BewohnerInnen in Atem. Für die 14 noch verbliebenen Mietparteien waren die Wohnverhältnisse aufgrund des hohen Leerstands insbesondere im Winter schwierig. Das bei Sanierungsvorhaben vorgeschriebene Sozialplanverfahren scheiterte am Eigentümer, der sein Modernisierungskonzept weder an die Bedürfnisse der MieterInnen anpassen noch deren zivilrechtliche Ansprüche berücksichtigen wollte. Die Bezirksverwaltung versagte daraufhin die Genehmigung für die beantragte Sanierung. Das auch in den Augen der MieterInnen dringend sanierungsbedürftige Haus schien erneut in die Warteschleife zu geraten.

Bewegung kam erst ins Spiel, als beachtliche Auszugsprämien angeboten wurden. Anders als in den Jahren zuvor, wo schon mal jemand für ein paar Hundert Euro ausgezogen war, um eine ausstehende Rechnung bezahlen zu können, hielten die MieterInnen die nun

angebotenen Abfindungen für fair und waren bereit auszuziehen. Als dann das Haus ein weiteres Mal verkauft wurde, standen fast alle Wohnungen leer. Auch die letzte seit fast 40 Jahren im Haus wohnende Mietpartei entschloss sich dann angesichts der zu erwartenden Belastungen während der Bauzeit doch zum Auszug, so dass heute gänzlich andere BewohnerInnen in der Simon-Dach- Straße 7 leben. Die Sanierung erfolgte im Bauträgermodell. Nach diesem Modell werden die Wohnungen in Einzel Eigentum umgewandelt und an Anlagewillige verkauft. Aus dem Erlös finanziert der Bauträger die Sanierung. Für die AnlegerInnen lohnt sich der Immobilienkauf nicht nur als Kapitalanlage, sondern auch, weil sie durch die erhöhten Abschreibungsmöglichkeiten (gemäß § 7h EStG) Steuern sparen können. Sind die Wohnungen nicht vermietet, lassen sich höhere Verkaufspreise erzielen, denn die AnlegerInnen können bei Neuvermietung erheblich höhere Mieten verlangen. Bei einer Umwandlung in Eigen-

Grünberger Straße 2002, Simon-Dach-Straße 7 vor Sanierung (unten)

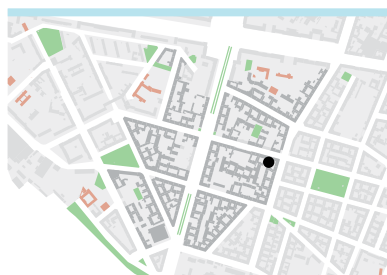


tum, haben die Mieter zwar ein Vorkaufsrecht. Die wenigsten MieterInnen können jedoch davon Gebrauch machen, da ihnen das nötige Kapital fehlt. In der Regel bleiben die Wohnungen zwar derzeit beim Verkauf dem Mietwohnungsmarkt erhalten, da die EigentümerInnen sie nicht selber nutzen.

Dennoch verändern Umwandlungen ein Gebiet, da sie nicht selten mit einer Aufwertung der Wohnungen, Mietsteigerungen und einer Verdrängung einkommensschwächerer BewohnerInnengruppen verbunden sind. Das Wohnen zur Miete ist im ehemaligen Sanierungsgebiet immer noch der Normalfall, die Bevölkerungsstruktur hat sich jedoch stark verändert.



Grünberger Straße 56/58: „Das Haus wäre ein guter Platz für einen Tatort-Krimi gewesen.“



Die Häuser Grünberger Straße 56/58 wurden im Programm der Sozialen Stadterneuerung mit öffentlichen Mitteln umfangreich saniert. Aber bis dahin war es ein langer Weg. Nach der Wende hatte die Conference on Jewish Claims against Germany (JCC) einen Antrag auf Rückübertragung gestellt. Diese Restitutionsverfahren waren in der Regel ziemlich langwierig. Rund fünf Jahre dauerte es, bis die JCC als Eigentümerin handeln konnte. Der Verkauf zog sich noch einmal so lange hin.

Im Jahr 2001, als die Häuser dann eine neue Eigentümerin bekamen, war die Grünberger Straße 58 auf-

grund ihres schlechten Zustands längst von der Bauaufsicht gesperrt und in der Nummer 56 wohnten nur noch vier Mietparteien, die jahrelang dafür gekämpft hatten, das Haus bewohnbar zu erhalten – immer in der Ungewissheit, was mit dem Gebäude passieren würde. Auch für die MieterInnen war klar, dass das Haus saniert werden musste, aber jahrelang wurden von ihnen Mietzahlungen verlangt, ohne dass die jeweiligen Hausverwaltungen sich um die Beseitigung von Mängeln gekümmert hätten.

„Die Haustür war nicht verschließbar, so dass sich dauernd Fremde im Haus aufhielten. Man hatte Angst, dass mal Feuer gelegt wird, oder vor Auseinandersetzungen mit ungebetenen Gästen. Im Hof lag ein riesiger Müllberg, in dem nicht mal die Ratten überlebten. Das Haus hatte den Charme des Verfalls und die Wohnungen eine billige Miete. Wir haben dafür gesorgt, dass das Haus nicht abrisssreif wurde“, erzählt ein ehemaliger Mieter. Der neue Eigentümer wollte schnell

Grünberger Straße 56/58 2002, Hofsituation 2002 (unten)



mit der Sanierung beginnen, versprach doch der hohe Leerstand große Baufreiheit. Aber die Mieterinnen verlangten nach all den Jahren im Ungewissen mehr Transparenz und die Berücksichtigung ihrer Ansprüche bei der Sanierung. In einem zähen und konfliktreichen Abstimmungsprozess gelang es, die Interessen der verbliebenen BewohnerInnen weitgehend zu sichern.

Nach Abschluss der Sanierung im Jahr 2003 zahlten sie eine Nettokaltmiete zwischen 2,78 bis 3,22 Euro pro Quadratmeter. Auch die anderen Wohnungen blieben aufgrund der öffentlichen Förderung für Haushalte mit Wohnberechtigungsschein im unteren Mietpreissegment.



RESTITUTION

Mit der Wiedervereinigung waren für viele Grundstücke in Ost-Berlin die Eigentumsverhältnisse zu klären. Im Einigungsvertrag, der 1990 den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik regelte, wurde festgelegt, dass enteignetes Vermögen grundsätzlich den ehemaligen EigentümerInnen oder deren Erben rückübertragen („restituiert“) werden sollte. Dies betraf sowohl Grundstücke, deren EigentümerInnen während der NS-Herrschaft enteignet oder zum Verkauf gezwungen worden waren, als auch in der DDR-Zeit enteignete Grundstücke. Die Umsetzung des Grundsatzes „Rückgabe vor Entschädigung“ erforderte in der Praxis häufig eine langwierige Klärung der vermögensrechtlichen Situation.

Oft gab es konkurrierende Ansprüche von jüdischen Personen und nachfolgenden EigentümerInnen. Bei Vermögen jüdischer Alteigentümer, die keine Erben hinterlassen hatten, war die Conference on Jewish Material Claims against Germany (JCC) als Rechtsnachfolgerin eingesetzt. Die an die JCC rückübertragenen Häuser wurden in der

Regel veräußert und aus dem Erlös jüdische Opfer des Nationalsozialismus unterstützt.

Das Amt zur Regelung offener Vermögensfragen (ARoV) war mit der Klärung der Eigentumsverhältnisse beauftragt. Aufgrund einer Vielzahl von Anträgen erstreckten sich die Verfahren über einen längeren Zeitraum. Allein die JCC hatte in Berlin rund 80.000 Restitutionsanträge auf Haus- und Grundbesitz gestellt. Bis zur Klärung der Besitzverhältnisse wurden die Häuser im öffentlichen Auftrag „fremdverwaltet“ und nur dringend notwendige Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Für die Häuser des JCC setzte sich die Minimalbewirtschaftung der Häuser meistens bis zu deren endgültigen Verkauf fort. Auch Restitutionsverfahren, die nicht-jüdisches Eigentum betrafen, waren häufig so kompliziert, dass viele Jahre bis zur Klärung vergingen, zum Beispiel bei Erbengemeinschaften, deren Mitglieder weltweit verstreut waren. Die Restitutionsproblematik behinderte auch die Stadterneuerung, weil bis zur Klärung nicht saniert wurde.

Gäste des All In Hostels bei der Abreise; Detail der Fassade Grünberger Straße 50



Die MieterInnen mussten häufig Wohnungsmängel, einen hohen Leerstand und eine Verwahrlosung der Häuser hinnehmen. In der Regel wurden diese erst nach dem Weiterverkauf an neue BesitzerInnen umfassend modernisiert.

Grünberger Straße 54: Von der Klavierfabrik über Damenmoden zurück zur Musik



Zu dem 1911 errichteten Wohn- und Geschäftshaus Grünberger Straße 54 gehört einer der 30 für das ehemalige Sanierungsgebiet so typischen Gewerbehöfe. Ebenso wie der Gebäudekomplex auf dem Grundstück Grünberger Straße 50 steht er unter Denkmalschutz. Bemerkenswert ist, dass beide Grundstücke durch denselben Unternehmer bebaut wurden und doch mit ihren Straßen-

fassaden ganz unterschiedliche Baustile dokumentieren. Während Heinrich Hubracht die Nummer 50 noch mit einer neobarocken Fassade errichten ließ, ist das sechs Jahre jüngere Gebäude deutlich sachlicher gestaltet. Allein das marmorverkleidete Treppenhaus ist aufwändiger ausgestattet. Beide Grundstücke gehören zu einem denkmalgeschützten Ensemble, das die Grünberger Straße 44-54, die Fabrikgebäude der Warschauer Straße 70/70a sowie die Kopernikustraße 23 und 26 umfasst. In diesem Block zeigt sich, wie vielfältig diese Fabrikgebäude nutzbar sind: als Loftwohnungen, als Handels-, Dienstleistungs- oder Handwerksbetriebe oder als Hostels.

Zu Beginn wurden in der langgestreckten Etagenfabrik Kühlschränke und Kühlanlagen hergestellt, später Klaviere und Möbel. Es gab neben einer Klempnerei und Lackiererei eine Fabrik, die Gasfernzähler, Gaskocher und Gasmesser produzierte. Im November 1938 kaufte die Maschinenfabrik

Steubing & Co. KG das Haus. Während des Krieges unterhielt sie ein großes Lager in Lichtenberg für 600 Zwangsarbeiter. In der DDR-Zeit zog der VEB Berliner Damenmoden mit allen Produktions- und Verkaufsstufen ein. Modeentwicklung, Schnitt- und Nähabteilung, Lager, Büro und Versand befanden sich quasi unter einem Dach. Die Textilien wurden sowohl an Versandhäuser im Westen verkauft als auch ins „sozialistische Wirtschaftsgebiet“ exportiert. Im Dachgeschoss war der Kulturraum des VEB mit 350 Sitzplätzen und Bühne untergebracht, im ersten Stock der Speisesaal. Der VEB BeDaMo ging 1992 an ein deutsch-französisches Konfektionsunternehmen. In den 90er Jahren wurde der Gebäudekomplex aufwendig saniert.

Heute befinden sich in den Fabriketagen vor allem zwei große Betriebe: ein Hostel und der Schallplattenversand Hip Hop Vinyl. Hier lagern über 80.000 Schallplatten. Neben dem Online-Versand ist mittlerweile auch ein Musik-Label

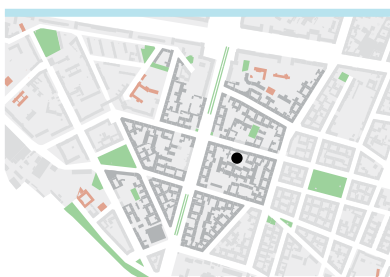
11 — „Grünberger Höfe“

Grünberger Straße 48 und 46 1949; Romintener Straße 23 um 1910



entstanden; in einem Laden in der Revaler Straße werden Modeartikel für die Szene verkauft. Der Firmenbesitzer fühlt sich genauso wie viele seiner Angestellten mit Friedrichshain verbunden. Hier hat er die meiste Zeit seines Lebens verbracht, und wenn die Mieten nicht zu sehr steigen, will er hier auch bleiben.

„Grünberger Höfe“: Der erste Restitutionsfall



In der Romintener Straße, wie die Grünberger Straße bis 1936 zwischen Gubener und Simon-Dach-Straße hieß, erwarb der Großvater von Joachim Sackhoff 1906 die 120 Meter tiefe Parzelle Nr. 23. In der ganzen Gegend wurde schon rege gebaut und die Grundstücke waren begehrt, denn sie lagen verkehrsgünstig. Der Großvater ließ

dort einen Wohnkomplex mit Vorderhaus, Seitenflügel und Quergebäude sowie zwei Etagenfabriken errichten und bezog mit Frau und Kind im Vorderhaus die sieben Zimmer der Beletage-Wohnung. Zu den zentralbeheizten Fabrikgebäuden gehörte ein eigenes Heizhaus, dessen Kessel mit den Spänen aus den Tischlereien der Nachbarschaft befeuert wurde. Nach dem Prinzip der Kraftwärmekopplung wurde bereits damals nicht nur Wärme, sondern auch Strom erzeugt. Im letzten der insgesamt vier Höfe stand ein Stall für die Pferde der Betriebe.

Im Zweiten Weltkrieg wurden die Wohngebäude durch Bomben schwer beschädigt und schließlich 1953 komplett gesprengt. Auf Basis einer sogenannten „Inanspruchnahme“ des Grundstücks durch den Staat schloss man die Lücke 1956 mit einem neuen Wohngebäude, das architektonische Gestaltungselemente der „Stalinallee“ zitiert. In den Fabrikgebäuden produzierten ähnlich wie in der Vorkriegs-

periode holz- und metallverarbeitende Betriebe wie der VEB Wohnraummöbel. Nach 1990 beantragte die zu DDR-Zeiten enteignete Familie die Rückübertragung des Grundstücks. Joachim Sackhoff erinnert sich an diese turbulenten Zeiten, in denen die Grundbücher noch wild durcheinander auf einem Stapel in der Stasizentrale in der Normannenstraße lagen und er befürchtete, dass die Treuhand das Grundstück veräußern könnte, weil die Voraussetzungen für eine Rückübertragung noch nicht erfüllt waren. Doch im April 1991 erhielt Herr Sackhoff die beiden Fabrikgebäude zurück, das Grundstück mit der Wohnbebauung verblieb gegen Entschädigung im Besitz der Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain. Für die Rückübertragung wurde die buchhalterische Bilanz der fast hundertjährigen Geschichte des Grundstücks gezogen. Sie umfasste die Hypotheken in Goldmark, die der Großvater auf das Grundstück aufgenommen hatte, die Kosten in DDR-Mark, die für Sprengung und Bäumung nach dem II. Weltkrieg

Blick auf die Grünberger Höfe 1999; Grünberger Straße 44-48 1990 (unten)



angefallen waren und die Verluste in DM, die der Wohnungsbaugesellschaft bei der Bewirtschaftung des Hauses bis 1991 entstanden waren. Es war der erste Restitutionsfall in Berlin, bei dem ein Alt-Eigentümer nach umfassender Wertermittlung ein Gewerbegebäude zurückbekam. Bis heute ist allerdings die Grundstücksgrenze zwischen Wohnkomplex und Fabrikgelände immer noch strittig.

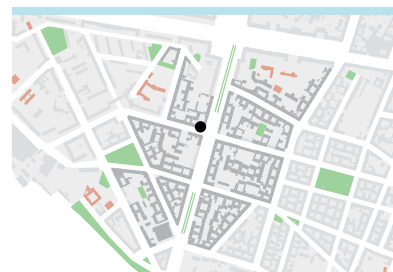
Ein besonderes Problem für den Gebäudebestand stellt der hohe Grundwasserspiegel dar. Im Frühjahr steht das Wasser zehn Zentimeter oberhalb der Kellersohle. Jahrelang hat sich Joachim Sack-

hoff, auch als Mitglied der Betroffenenvertretung, für eine Lösung der Grundwasserproblematik eingesetzt. Ob das Grundwassermanagement zu den Aufgaben der öffentlichen Hand zählt, darüber gehen die Auffassungen von betroffenen Eigentümern einerseits sowie Senat und Bezirksverwaltung andererseits auseinander. Die bisherige Rechtsprechung besagt, dass die Grundstückseigentümer keinen Anspruch auf grundwassersenkende Maßnahmen durch die öffentliche Hand haben. Für Herrn Sackhoff steht fest: „Individuell gibt es keine Lösung. Egal wie viele Pumpen ich aufstelle, weniger als drei Zentimeter Wasserstand ist nicht zu erreichen. Das geht langfristig an die Gebäudesubstanz.“

Die Fabrikgebäude werden heute durch verschiedenste Firmen genutzt. Die Gewerbemieten haben sich seit den 1990er Jahren nur geringfügig verändert. Die Vermietung ist erfolgreich, aber mehr als sieben Euro pro Quadratmeter sind derzeit nicht zu erzielen.

Das ist weniger als bei der Neuvermietung von Wohnungen in Friedrichshain zu realisieren ist.

Warschauer Straße 14/15 und Grünberger Straße 25: Trotz Verkehrslärms eine gute Adresse



Die Wohngebäude in der Warschauer Straße 14/15 und Grünberger Straße 25 gehören zu den letzten Lückenwohnbauten, die in konventioneller und nicht in Plattenbauweise in Ost-Berlin erstellt wurden. Symmetrisch zu dieser Bebauung befindet sich auf der gegenüberliegenden Straßenseite ein bauliches Pendant, wodurch eine Art Tor-situation geschaffen wurde.

Die Architekten Peter Senf, Heinz Senkpiel und Karl-Heinz Schneider

12— Warschauer Straße 14,15 / Grünberger Straße 25

Blick auf die Warschauer 14–15 / Grünberger 25; Grünberger Straße 25 kriegszerstört, Statue auf dem „Bärchenplatz“ (unten)



schufen mit den zwei Gebäuden 1960/61 ein Beispiel moderner innerstädtischer Architektur, die sich in den Bestand einfügt und die kriegsbedingten Lücken schließt. Der Innenhof wurde „entkernt“, um eine wohnungsbezogene Grünfläche zu schaffen, die Blockecke blieb zur besseren Belichtung und Belüftung des Hofes geöffnet, so dass ein kleiner Platz zur Straße entstand. Diesen „Bärchenplatz“ schmückt seit 1987, dem Jahr der 750-Jahr-Feier Berlins, eine kleine Bären-Statue. 2008 wurde der Platz im Rahmen der Sanierung neu gestaltet. In der Erdgeschosszone der Warschauer Straße 14/15 befindet sich die Volkssolidarität, eine soziale Einrichtung für SeniorInnen, die schon damals Teil der Planung war. Die 2- bis 2,5-Zimmer-Wohnungen verfügten bei Bezug über Bad und Ofenheizung und waren zum Teil mit Balkon oder Loggia ausgestattet. Eine Mieterin, die seit dem Erstbezug 1961 in dem Haus wohnt, erzählt: „Früher wohnten hier lauter junge Familien mit kleinen Kindern, die alle zusammen im Hof gespielt

haben. Man kannte sich gut und hat mindestens einmal im Jahr gemeinsam ein Hausfest gemacht. Einmal waren alle Kinder verschwunden. Als sie wieder auftauchten, haben sie erzählt, dass sie unter dem Hof verstecken gespielt hatten. Der Hof war noch durch die Vorkriegsbebauung unterkellert. Aber die Räume hat sonst keiner genutzt, weil sie feucht waren.“

Die jetzigen Eigentümer erwarben die überwiegend leerstehenden Gebäude im Jahr 2006. Für den Kauf und die Sanierung der Gebäude war mitentscheidend, dass sie im Sanierungsgebiet lagen und damit die Möglichkeit zur Steuerersparnis bei Anschaffungs- und Herstellungskosten boten. Die Modernisierung umfasste im Wesentlichen den Einbau einer Zentralheizung mit Warmwasserbereitung, den Einbau von neuen Isolierglas- und Schallschutzfenstern sowie die Wärmedämmung der Fassade. Für die durchgreifende energetische Sanierung wurden Fördermittel der KfW in Anspruch genommen. Auf Grundrissänderun-

gen wurde verzichtet, da die kompakten Wohnungen im Vergleich zum Altbau geringe Wohnflächen und damit einen relativ günstigen Mietpreis haben. Mit den nach Sanierung verbliebenen Mietparteien vereinbarte der Eigentümer Nettokaltmieten von durchschnittlich vier Euro pro Quadratmeter. Bei Neuvermietungen liegen die Mieten aber deutlich darüber.

Trotz der Verkehrslärmbelastung sind die Wohnungen sehr gut vermietbar, denn, so der Eigentümer: „Die Leute, die an die Warschauer Straße ziehen, wissen, dass es hier laut ist. Damals gab es Vorbehalte seitens der Bank, die Sanierung der Häuser an einer der lautesten

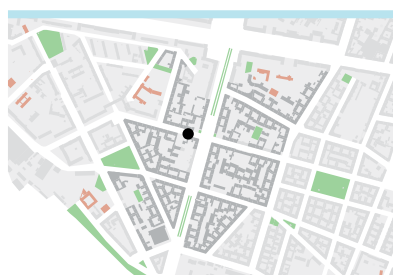


Hostel Reklameschild; Blick auf Hostel im Fabrikgebäude



Straßen Berlins zu finanzieren, aber das Projekt hat sich gerechnet.“ Die Mietinteressenten sind überwiegend junge Leute, die neu nach Berlin ziehen. „Die orientieren sich erst einmal in der Stadt, wenn sie zum Beispiel einen Job angenommen haben. Nach zwei Jahren ziehen sie weiter.“ Aktuell kosten die Wohnungen bei Neuvermietung 7,00 bis 7,50 Euro nettokalt. Weil die Nachfrage gut ist, erwägen die Eigentümer perspektivisch die Dachgeschosse auszubauen und Aufzüge anzubringen.

Grünberger Straße 23: mehr als zwei Seiten einer Medaille oder: Wie viel Tourismus verträgt ein Wohnquartier?



Als das „Odyssee“ 1998 in dem ehemaligen Fabrikgebäude eröff-

nete, war es das erste Hostel in Friedrichshain. Mit einer Kapazität von 150 Betten ist es deutlich kleiner als die Hostels, die in den letzten Jahren entlang der Warschauer Straße und im Gebiet Traveplatz-Ostkreuz aufgemacht haben. Hostels wenden sich vor allem an ein jüngeres Publikum, das gerne „mittendrin“ wohnt, wo es Kneipen, Clubs und ein lebendiges Kiezleben gibt. Die Zimmer sind einfach eingerichtet und überwiegend Mehrbettzimmer. Dafür ist die Übernachtung relativ preiswert.

Berlin nimmt nach London und Paris Platz drei unter den europäischen Reisezielen ein. Und insbesondere Friedrichshain-Kreuzberg ist eine der beliebtesten Anlaufstellen für junge TouristInnen aus aller Welt. Im Bezirk gibt es die berlinweit höchsten Zuwachsraten bei den Übernachtungszahlen und immer mehr Hotels, Hostels, Ferien- und Gästewohnungen. Auch die Gastronomie und einzelne Sparten des Einzelhandels profitieren von den Berlin-BesucherInnen.

Doch die Ansiedlung von Hotels und Gaststätten ist nicht ohne Probleme für die AnwohnerInnen. Sie fühlen sich gestört, wenn mitten in der Nacht Rollkoffer übers Pflaster rattern oder Kneipengäste lautstark bis in die Puppen feiern. Die letzten beiden BewohnerInnen in der Grünberger Straße haben einige Erfahrung damit, was es heißt, in unmittelbarer Nachbarschaft eines Hostels zu wohnen. Laute Musik und lärmende Gäste raubten ihnen schon öfter die Nachtruhe. Mindestens genauso belastend ist es, dass freiwerdende Wohnungen nicht mehr vermietet werden und die Nachbarschaft sich aufgelöst hat. Schon mehrfach wurden Modernisierungsmaßnahmen angekündigt und den MieterInnen nahegelegt auszuziehen. Bislang ist aber nichts passiert. Da das Hostel sein Angebot gern erweitern würde, fürchten die MieterInnen, dass die Wohnungen in Ferienwohnungen umgewandelt werden sollen. Dies ließe sich möglicherweise verhindern, wenn die 2002 abgeschaffte Zweckentfremdungsverbotsver-

Massentrauung Deutscher Christen in der Lazaruskirche 1933; Blick von Westen in die Romintener Straße; Lazaruskirche 1944



ordnung vom Senat wieder eingeführt würde. Derzeit bietet nur die Betriebsverordnung für Beherbergungsstätten der Bezirksverwaltung eine rechtliche Handhabe, um die Nutzung von Wohnhäusern für Ferienwohnungen unter Umständen zu untersagen, wenn mehr als 12 Gästebetten vorhanden sind.

Um die Ansiedlung von Hostels und Hotels wohnverträglicher steuern zu können, beschloss die Bezirksverordnetenversammlung 2010, dass neue Betriebe nur zugelassen werden, wenn die Bettenzahl nicht über 100 liegt und der Standort sich weder in einer ruhigen Wohnstraße noch in der Nähe eines schon vorhandenen Beherbergungsbetriebs befindet.



Verschwundene Lazaruskirche



Fast ein halbes Jahrhundert prägte die Kirche der Lazarus-Gemeinde die Gegend westlich der Warschauer Straße. „Dom des Ostens“ wurde die prächtigste Kirche Friedrichshains an der Ecke Grünberger/Kadiner Straße genannt. Die Lazarus-Gemeinde war mit 35.000 Mitgliedern die größte evangelische Gemeinde Berlins. Der Grundstein für die vom Potsdamer Baumeister Friedrich Wilhelm Wever entworfene Kirche wurde 1905 gelegt. Der 53 Meter lange und 25 Meter breite Backsteinbau bot Platz für 1450 BesucherInnen. Der äußere Eindruck der Kirche war trutzig. Über ein schmuckreich gestaltetes, weißes Portal aus Terrakotta erhob sich ein mächtiger, 66 Meter hoher Turm. Vor allem die großen bunten

Rosettenfenster in den Seitenfassaden und die Glasmalereien im Altarraum zogen die Blicke auf sich.

Die Zeit des Nationalsozialismus prägte die Geschichte der Kirchengemeinde stark. 1933 bewarb sich der Studentenpfarrer und spätere Mitbegründer der Bekennenden Kirche Dietrich Bonhoeffer um ein Pfarramt in der Gemeinde, unterlag aber einem älteren Mitbewerber. Zu diesem Zeitpunkt versuchte die NSDAP, mit Hilfe der nationalsozialistischen „Deutschen Christen“ die Kirchen gleichzuschalten. So fand im Juli 1933 eine Massentrauung von 47 Paaren der Gemeinde statt.

Die Männer trugen während der Trauung SA-Uniformen, der Altar war mit Hakenkreuzfahnen ausgestattet. Die NSDAP demonstrierte durch diesen propagandistischen Akt ihre Macht und wollte die anstehenden Gemeindekörperschaftswahlen beeinflussen, was ihr auch gelang: Der Gemeindekirchenrat bestand nach der Wahl im Jahr

Kadiner Straße 11: Klinkerbau in märkischer Backsteingotik von 1905; Cadiner Straße Anfang des 20ten Jahrhunderts



1933 zu drei Vierteln aus Anhängerrinnen der „Deutschen Christen“. Sie waren es auch, die 1936 auf die Anschaffung neuer Bronzeglocken bestanden, die der damalige Pfarrer Moritz Kracht mit über 3000 Mark für zu teuer hielt. Die „Deutschen Christen“ setzten nicht nur durch, dass Bibeldverse und Widmungen auf die Glocken geprägt wurden: Drei der Glocken erhielten zudem ein Hakenkreuz, die kleinste ein Eisernes Kreuz. Im Jahr 1939 hatte die Kirche ihre Glocken abbezahlt, ein Jahr später mussten sie jedoch wie schon im Ersten Weltkrieg für die Kriegswirtschaft abgegeben werden.

Am 13. April 1945 traf eine Bombe die Kirche und beschädigte sie schwer. Ihre Ruinen wurden 1949 schließlich gesprengt. Das Bezirksamt Friedrichshain genehmigte den Wiederaufbau der Kirche nicht, obgleich sich Pfarrer Kracht vehement dafür einsetzte. Offiziell hieß es, die Fläche werde für den Wohnungsbau benötigt. Tatsächlich wurde das Grundstück für das prestigeträch-

tige Baugebiet rund um die Stalinallee beansprucht. Die Gemeinde hielt nach der Sprengung der Lazarskirche die Gottesdienste in ihrem Gemeindehaus in der Marchlewskistraße ab.

Kadiner Straße 20/20A: Wohnen in der Wollgarnfabrik



Das Fabrikgebäude Kadiner Straße 20a wurde 2003 saniert. Zugleich ermöglichte der Einbau von Wohnlofts neue Möglichkeiten der Nutzung. Ursprünglich war hier seit 1905 das produzierende Gewerbe ansässig. Die OMA Wollgarnfabrik der Alfred Voelker KG, mit deren Namen das Gebäude heute beworben wird, produzierte und vertrieb an diesem Ort Garne und Strumpfwaren. Die Umnutzung von Fabrikgebäuden begann ursprünglich im

New Yorker KünstlerInnenviertel SoHo der 1940er Jahre. Vor allem mittellose KünstlerInnen bezogen solche Räume, denn das Wohnen in den geräumigen und spärlich ausgestatteten, aber preisgünstigen Fabriketagen war eine Möglichkeit, Wohnen und Arbeiten zu bezahlbaren Konditionen zu verbinden.

Es dauerte eine Weile, bis dieses Modell auch in Deutschland Schule machte. Doch spätestens in den 1970er und 1980er Jahren entdeckten auch in West-Berlin vor allem FreiberuflerInnen und StudentInnen diese alternative Wohnform. Bad und Küche wurden selbst eingebaut und Trennwände nach Bedarf gezogen. Als jedoch um das Jahr 2000 der Boom mit Loftwohnungen in Friedrichshain einsetzte, hatte dies nichts mehr mit dem preiswerten, improvisierten Wohnen in kargen Fabriketagen zu tun.

Die rund 60 neu entstandenen Wohnungen in der ehemaligen Wollgarnfabrik zählen zum hochpreisigen Marktsegment. Der Anteil an selbst-

Zu Lofts umgebautes Fabrikgebäude; Fabrikgebäude mit Bombenschaden



genutzten Eigentumswohnungen in diesem Wohnungsbestand ist überdurchschnittlich hoch. Das Ziegelmauerwerk, die großzügigen Räume mit hohen Decken und großen Fenstern erinnern noch an die Fabrik. Doch im Inneren zählen hochwertige Parkettböden, gut ausgestattete Einbauküchen, große Balkone oder Terrassen und Aufzüge zum Standard. Zum Gebäude gehören auch Tiefgaragen und aufwändig gestaltete Außenanlagen. Modernste Haustechnik ermöglicht es, Heizung und elektrische Geräte auch aus der Ferne über Mobiltelefon ein- und auszuschalten.

Die Nachfrage nach Loftwohnungen zum Kauf oder zur Miete ist in Friedrichshain groß. Allein in der Kadiner Straße wurden mehrere historische und stark sanierungsbedürftige Produktionsstätten entsprechend umgebaut.

Die Sanierung hat sie vor dem Verfall gerettet, aber auch ihrer Patina beraubt und die einst typische Mischung „Wohnen vorne – Arbeiten hinten“ ging verloren.

SOZIALSTRUKTUR, MIETENENTWICKLUNG UND GENTRIFIZIERUNG

Zwischen 1994 und 2011, im Zeitraum der Sanierung, hat sich die soziale und demografische Zusammensetzung der Bevölkerung stark verändert.

Sie ist heute im Berliner Vergleich überdurchschnittlich jung und sehr gut ausgebildet. Die Arbeitslosenquote liegt mit acht Prozent weit unter dem Durchschnitt. Gut 50 Prozent aller Personen über 18 Jahren haben einen Hochschulabschluss. Seit 2003 gab es durch die Verringerung des sanierungsbedingten Leerstands und den neugeschaffenen Wohnraum zudem einen Bevölkerungszuwachs von gut 30 Prozent. Das Gebiet ist mit seinen gut ausgestatteten Wohnungen und der zentralen Lage attraktiv für soziale Mittelschichten.

Familien sind mit rund 13 Prozent aller Haushalte zwar unterrepräsentiert, ihre absolute Zahl hat sich aber seit 2003 im Zuge des Bevölkerungszuwachses um 20 Prozent erhöht. Demgegenüber ist der Anteil der Bevölkerung über 65 Jahre auf nur noch vier Prozent gesunken. Das Einkommen im Gebiet liegt heute

um 18 Prozent über dem Berliner Durchschnitt, während es 2003 noch 10 Prozent darunter lag. Diese Entwicklung ist maßgeblich auf den überproportionalen Zuzug einkommensstarker Haushalte zurückzuführen, die beruflich etabliert, akademisch qualifiziert und ohne Kinder sind. Die Zahl einkommensärmerer Haushalte ist dagegen deutlich zurückgegangen. Diese soziale Entwicklung konnte zwar zeitnah zur Sanierung durch sozialplanerische Maßnahmen und eine Begrenzung der Mieten nach Modernisierung abgeschwächt werden. Dies verhinderte jedoch nicht, dass einkommensschwächere BewohnerInnen überproportional wegzogen.

Die Mietentwicklung fiel seit 2007 noch drastischer aus als in der übrigen Berliner Innenstadt. Die Bestandsmieten überschreiten mehrheitlich die Berliner Vergleichswerte. Bei Neuvermietungen werden zudem Mieten verlangt, die deutlich über den Bestandsmieten liegen. Einkommensschwächere Haushalte können immer seltener zuziehen oder bei einem angestrebten Wohnungswechsel eine erschwingliche Wohnung innerhalb des Gebiets finden. Studenti-

Pinguin-Spielplatz in der Lasdehner Straße: die Zahl der Kinder wächst

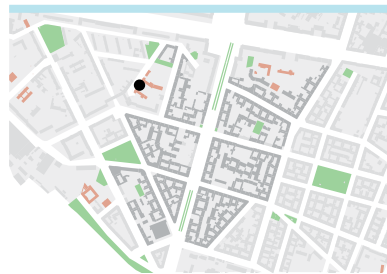


schen Haushalten gelingt es meist noch als Wohngemeinschaft die verlangten Mieten aufzubringen. Junge Familien, auch mit einem durchschnittlichen Einkommen, schaffen es dagegen kaum, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Eindeutige VerliererInnen in diesem Prozess sind nicht-studentische Haushalte und Alleinerziehende mit einem vergleichsweise geringen Einkommen. Sie müssen schon jetzt häufig mehr als 40 Prozent ihres Einkommens für die Warmmiete ausgeben.

Diese sozialräumliche Entwicklung hat Merkmale einer Gentrifizierung. Im Zuge baulicher Aufwertungsmaßnahmen dominieren in attraktiven urbanen Wohnlagen immer mehr die einkommensstarken Haushalte. Einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen werden hingegen verdrängt und billiger Wohnraum wird knapp. Eine derartige Entwicklung verläuft häufig in zwei Phasen. In der ersten Phase ziehen junge, kreative aber einkommensschwache „Pioniere“ zu und machen das Quartier durch alternative Lebensstile und neues Gewerbe auch für Einkommensstärkere attraktiv. Dieses Interesse

nutzen InvestorInnen, indem sie die den Wohnungsbestand aufwerten oder teure Neubauwohnungen für das neue Klientel erstellen. In der Folge ziehen in dieser zweiten Phase Bewohnergruppen mit höheren Einkommen zu.

Ludwig-Hoffmann-Grundschule



Die 1910 in der Kadiner Straße 20 geborene SchauspielerIn Inge Meysel war wohl die berühmteste Schülerin der Schule, die seit 1995 den Namen ihres Architekten Ludwig Hoffmann trägt. Hoffmann, 1852 in Darmstadt geboren, studierte unter anderem an der Berliner Bauakademie und wurde dort 1896 zum Stadtbaurat gewählt. In seiner 28-jährigen Amtszeit entwarf er etliche öffentliche Gebäude, zum Beispiel das Pergamon-Museum

und das Märkische Museum, aber auch den Märchenbrunnen im Volkspark Friedrichshain. Als er 1924 in den Ruhestand trat, ernannte ihn die Stadt Berlin zum Ehrenbürger.

Ludwig Hoffmann, selbst Vater von acht Kindern, entwarf eine Reihe von Schulen wie die Musikschule in der Zellestraße oder die Pettenkofer-Grundschule. Die heutige Ludwig-Hoffmann-Grundschule in der Lasdehner Straße 21-23 wurde im April 1909 als evangelische Knaben- und Mädchenschule eingeweiht. Die viergeschossige Drei-Flügelanlage beeindruckt durch ihre rote, vertikal gegliederte Ziegelfassade, die unterhalb des Dachgesimses von stilisierten Blumenkränzen, Medaillons und Tierschädelmotiven geschmückt wird. Im Zweiten Weltkrieg wurde der nördliche Flügel der Schulanlage stark beschädigt und 1959 durch einen neuen Anbau ersetzt. Die Beschriftung der beiden Eingänge weist darauf hin, dass Mädchen und Jungen – wie bis 1949 üblich – getrennt unterrichtet wurden. Da früher bis zu 70 Kinder

16— Ludwig-Hoffmann-Grundschule

Ludwig Hoffmann 1920; Straßenfassade der Ludwig-Hoffmann-Grundschule



in eine Klasse gingen, waren die Unterrichtsräume entsprechend groß. An eine Aula wurde ebenso gedacht wie an eine Turnhalle. Im Keller der Gemeindeschule befand sich anfangs ein Brausebad, das die Schüler einmal in der Woche nutzen durften. Im hinteren Bereich des Schulhofs stand ein Wohnhaus, in dem der Schulleiter wohnte.

Als im November 1995 die damalige 9. Grundschule in Ludwig-Hoffmann-Grundschule umbenannt wurde, erschienen neben ehemaligen Schülerinnen und Schülern auch zwei von Hoffmanns Kindern. Das Gebäude der Ludwig-Hoffmann-Grundschule ist heute denkmalgeschützt. Die Schulanlage wurde über mehrere Jahre umfangreich saniert und aufgrund der gestiegenen Schülerzahlen durch einen Ergänzungsbau erweitert. Im Februar 2012 wurde er der Schule übergeben. Die Kapazitäten der Grundschule liegen jetzt bei rund 460 Plätzen. In dem 1959 fertig gestellten Anbau befindet sich seit Mitte der 1990er Jahre die „Schule

am Friedrichshain“ mit einem sonderpädagogischen Profil.

„BABYBOOM“

Nur in rund jedem siebten Haushalt im Gebiet leben Kinder, weniger als im Berliner Durchschnitt. Aber während in den ersten Jahren der Sanierung die Anzahl der Kinder rasch abnahm, ist seit 2002 ein kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen. Ausschlaggebend für diese Trendwende ist nicht so sehr der Zuzug von Familien mit Kindern. Entscheidender ist, dass mehr Kinder im Gebiet geboren werden und Familien häufiger als früher beschließen, hier wohnen zu bleiben, wenn die Kinder ins Schulalter kommen. 80 Prozent der Kinder, die im Quartier geboren werden, gehen auch hier in die Grundschule. Familien entscheiden sich außerdem häufiger als früher für zwei und drei Kinder. Das ist selbst im Bundesvergleich ungewöhnlich.

Die größere Attraktivität des Gebietes für Familien ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. So sind im Zuge der Sanierung mehr größere Wohnungen

und ein verbessertes Wohnumfeld geschaffen worden. Dazu kommt, dass für junge Familien soziale Netzwerke entstanden sind, die sie im Alltag unterstützen und die Verbundenheit mit dem Wohnort erhöhen. Die Zufriedenheit mit den Schulen, Kindertagesstätten und Spielplätzen ist relativ hoch. Engpässe beim Platzangebot der Schulen und Kitas verweisen auf den gestiegenen Bedarf. Erweiterungen des Platzangebots sind deshalb beschlossen und werden zum Teil schon umgesetzt, zum Beispiel an der Ludwig-Hoffmann-Grundschule und an der Modersohn-Grundschule.

Östlich der Bezirksbibliothek auf dem Grundstück Frankfurter Allee 16a entsteht eine neue Kita mit 180 Plätzen, in die ab Herbst 2012 die ersten Kinder aufgenommen werden sollen. Neu gegründete Kinderläden sind zwar eine willkommene Ergänzung, doch manchmal ist es für diese privaten Initiativen schwer, bezahlbare Gewerberäume zu finden. Allerdings gibt es auch Eigentümer, die einen Kinderladen im Haus begrüßen und dafür Kompromisse bei der Miethöhe eingehen.

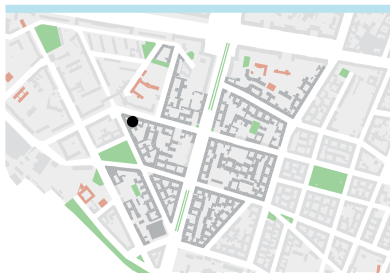
Festschrift zum 50-jährigen Bestehen; Tresen der Gaststätte; Schankvorgarten der Gaststätte



In der warmen Jahreszeit steht nach altem Berliner Brauch auch der „Garten vor der Tür“.

Ob der „Babyboom“ anhalten wird, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen. Zentral für die Bleibeperspektiven von Familien dürften bezahlbare Wohnungen und ein kinderfreundliches Wohnumfeld sein.

Grünberger Straße 6: „Hühner Gust'l“



„Was die Sachertorte ist in Wien, ist Hühner-Gust'l in Berlin“ stand über dem Tresen der Gaststätte, die sich viele Jahrzehnte in der Grünberger Straße 6 befand. Das populäre und traditionsreiche Restaurant „Hühner Gust'l“ war weit über Friedrichshain hinaus bekannt und berühmt für seine gebratenen Hähnchen und sein Eisbein. Alteingesessene erzählen, dass es die erste Hähnchenbraterei überhaupt in Ost-Berlin war und dass die gute Stimmung im

Lokal die Gäste von nah und fern ebenso anzog wie das gute Essen. Betreiber des Restaurants waren Anna und August Kliebenstein. Schon in den 1930er Jahren hatte es an dieser Stelle eine Gaststätte gegeben, die „Zum kühlen Trunk“ hieß und von den Eltern des heutigen Wirts geführt wurde. Damals, so erzählt August Kliebenstein in der Jubiläumsschrift zum 50-jährigen Bestehen, hätte schon sein Vater gerne zum Bier einen Imbiss angeboten, aber ihm fehlte das Geld, um das Angebot zu erweitern, und die Konkurrenz war groß. Allein in der nächsten Umgebung gab es neun weitere Kneipen. Nach dem Zweiten Weltkrieg, als Essen und Heizmaterial knapp waren, funktionierte die Gaststätte als Volksküche, in der Suppe angeboten wurde und man sich ein bisschen aufwärmen konnte. Lange bewahrte August Kliebenstein Flaschen mit „Alkolat“ auf, einem künstlich hergestellten, weinähnlichen Getränk jener Jahre, das mit Alkohol versetzt war. 1953 übernahm er das Familiengeschäft

und baute die Bierstube nach und nach zur Speisegaststätte aus. Die Bauarbeiter der direkt gegenüberliegenden Großbaustellen gehörten genauso wie AnwohnerInnen zu den Gästen. Ab 1962 hieß die Gaststätte „Hühner-Gust'l“. Da waren die Brathähnchen schon lange ein „Renner“ und wurden bald auch außer Haus verkauft.

Zu den Weltfestspielen 1973 bat ihn der Rat des Stadtbezirks, die Platzkapazitäten wegen der erwarteten Gäste zu vergrößern. So kam die Außenbestuhlung in der warmen Jahreszeit dazu. Wenig später erweiterte er die Gaststätte nochmals um das „Alt-Berliner Zimmer“ mit Plüschsofa, Phonograph und Orchester im Stil der Jahrhundertwende. In den 80er Jahren siegte „Hühner-Gust'l“ gleich zweimal beim Gaststättenwettbewerb des „Neuen Deutschlands“.

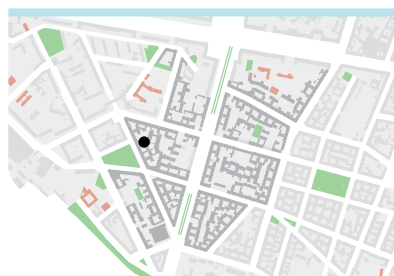
August Kliebenstein verfolgte neben seiner Gaststätte ein ungewöhnliches Hobby: Er sammelte Oldtimer. An die 20 Wagen sollen es gewesen sein. Das DEFA-Filmstudio ließ sich

Vorderhaus Gubener Straße 47 mit Kriegsschäden 1948; Baustelle Gubener Straße 47 1997



so manches Mal für Filmproduktionen eines seiner alten Autos aus. Es wird erzählt, er hätte einer Ausleihe nur zugestimmt, wenn er bei den Dreharbeiten anwesend sein konnte, um eine unsachgemäße Behandlung seiner Autos auszuschließen. Deshalb sei er in dem einen oder anderen Film in einer Statistenrolle zu sehen. August Kliebenstein soll einer der reichsten Männer in Ost-Berlin gewesen sein. Er starb kurz nach dem Mauerfall. Die Gaststätte wurde von seiner Frau nur wenige Jahre weitergeführt und Anfang der 90er Jahre geschlossen.

Gubener Straße 47: „Comeniushof“



Als 1994 das Quartier um die Warschauer Straße zum Sanierungsgebiet wurde, war es eines der Haupt-

anliegen des Bezirks, die Mischnutzung von Wohnen und Gewerbe zu erhalten und die Abwanderung von ortsansässigen kleinen und mittleren Betrieben zu verhindern. Der Neubau des Comeniushofes in der Gubener Straße 47 gilt als Vorzeigebau für ein verträgliches Nebeneinander von Wohnen, Büronutzungen und produzierenden Firmen. Mit öffentlichen Mitteln wurden dort bis 1999 preiswerte Flächen für das Gewerbe geschaffen. Das zum Gewerbehof gehörende, 1906 errichtete Fabrikgebäude auf dem Grundstück der Kopernikusstraße 35 wurde gleichzeitig saniert. Glaswände nördlich und südlich der Wohngebäude dienen als Schallschutz und sorgen zusätzlich für eine gute Belichtung für Wohnen und Gewerbe. Tatsächlich gibt es bis heute nahezu keine Beschwerden der AnwohnerInnen über Lärmbelästigungen durch den Wirtschaftsverkehr oder durch Betriebsgeräusche.

Der alte Comeniushof ist ursprünglich als Wohn- und Gewerbehof im

Auftrag der Möbelfabrikanten C. Rössler & Schmidt errichtet worden. Wie überall in der Gegend war hier die Holzverarbeitende Industrie tätig, in den 1930er Jahren kamen eine Bettfedern- und eine Wäschefabrik hinzu.

Während des Zweiten Weltkriegs unterhielt dort die Firma C&A Brennkemeyer im Dachgeschoss des Fabrikgebäudes ein Lager für „Ostarbeiterinnen“. 68 Zwangsarbeiterinnen aus Osteuropa – die meisten aus der damaligen Sowjetunion – waren dort ab 1942 untergebracht. Sie mussten für die Firma Herrenbekleidung anfertigen. Die Arbeiterinnen litten an Hunger, Krankheiten und mangelnder Hygiene. Zwischen 1943 und 1944 starben im Lager vier Frauen und fünf Kinder. Eines der Kinder war hier geboren worden. Die Firma unterhielt mehrere Produktionsstandorte im Bezirk und stellte auch Uniformen im Auftrag der Wehrmacht her. Der Gebäudekomplex wurde während eines Bombenangriffs stark zerstört und nach dem Krieg ab-

Sowjetische Zwangsarbeiterinnen bei der Ankunft in Berlin 1942; John Stave (unten)



gerissen. Jahrzehntlang befanden sich Garagen und Lagerflächen auf dem Grundstück.

ZWANGSARBEIT

Rund 20 Millionen Menschen, vor allem AusländerInnen, waren in der Zeit des Nationalsozialismus für Deutschland als ZwangsarbeiterInnen beschäftigt. Allein in Berlin erreichte ihre Zahl im Jahr 1943 den Höchststand von 386.000 Frauen und Männern. Sie schufteten in der Rüstungsindustrie, „kriegswichtigen“ Betrieben sowie in der Landwirtschaft, aber auch in Handwerksbetrieben, in Privathaushalten und für öffentliche Einrichtungen. Der Einsatz von ZwangsarbeiterInnen glich den kriegsbedingten Arbeitskräftemangel zumindest teilweise aus und war von zentraler Bedeutung für die Kriegswirtschaft.

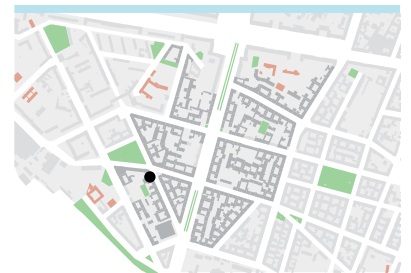
Zwangsarbeit war ein Instrument der Demütigung und Ausdruck des Rassismus im NS-Staat, der zwischen „Herrenmenschen“ und „minderwertigen“ Völkern unterschied. In Friedrichshain sind rund 260 Orte nachgewiesen, an denen ZwangsarbeiterInnen beschäftigt oder untergebracht waren. Neben gro-

ßen Industriebetrieben wie Knorr-Bremse, Handwerksbetrieben wie die Großbäckerei Kujawa in der Simon-Dach-Straße 12 oder bei „Pose Wehrausrüstung“ in der Boxhagener Str. 16 setzte auch die Kommune ZwangsarbeiterInnen ein, u.a. um Bombenschäden zu beseitigen. Als Unterkünfte dienten meistens große Lager wie das von Osram am Warschauer Platz, aber auch kleinere Quartiere mitten im Stadtteil.

Durch die massenhafte Beschäftigung waren die ZwangsarbeiterInnen im Alltag sichtbar. So blieb denn auch nicht verborgen, dass viele von ihnen durch Hunger und harte Arbeitsbedingungen völlig entkräftet waren. Hygienische Bedingungen und medizinische Versorgung in den Massenunterkünften waren oft miserabel. Häufig waren die Männer und Frauen der Gewalt durch AufseherInnen und Arbeitgeber ausgesetzt.

Es gab zahlreiche Erlasse des Reichssicherheitshauptamtes zum Umgang mit ZwangsarbeiterInnen, die verhindern sollten, dass persönliche Beziehungen zu ihnen entstanden. Viele dieser ArbeiterInnen fanden den Tod durch Krankheit und Unterernährung oder wurden wegen nichtiger Vergehen ermordet.

Gubener Straße 22: Von Willi Fischer bis Gabriele und John Stave



Das Zentrum des sozialdemokratischen Widerstandes in Berlin gegen das NS-Regime lag im Osten, in Lichtenberg und Friedrichshain. Auch der „Rote Stoßtrupp“, bereits 1932 von sozialdemokratischen StudentInnen und jungen ArbeiterInnen gegründet, war hier besonders aktiv. Die Untergrundorganisation



Mahnwache für Willi Fischer 1945, links im Bild seine Frau; Gabriele und John Stave 1991



gab eine illegale Zeitschrift gleichen Namens heraus, deren Verbreitung in Friedrichshain am größten war. Das Verteilen und auch das Beziehen dieser Zeitschrift wurden strafrechtlich verfolgt. Bereits im November 1933 wurden die ersten Mitglieder des „Roten Stoßtrupps“ verhaftet und vor Gericht gestellt. Willi Fischer, der in der Gubener Straße 22 wohnte, zählte dazu. Das Berliner Kammergericht verurteilte ihn gemeinsam mit 17 anderen NS-Gegnern im Mai 1934 zu zwei Jahren Gefängnis. Ein Jahr später starb Willi Fischer im Alter von 44 Jahren im Zuchthaus Brandenburg an den Folgen von Misshandlungen. Zur Erinnerung an ihn wurde ein „Stolperstein“ vor dem Haus verlegt.

Ebenfalls in der Gubener Straße 22 wohnte der Satiriker und Schriftsteller John Stave. 1929 kam er in Kreuzberg auf die Welt, verbrachte seine Kindheit aber mit seinen Eltern in einer typischen Ein-Zimmer-Hinterhofwohnung mit Außen-toilette in der Zorndorfer Straße (heute Mühsamstraße). John Stave

war mit Leib und Seele Friedrichshainer. Seit 1951 veröffentlichte er Satiren und Reportagen in der Zeitschrift „Eulenspiegel“.

Der „Eulenspiegel“ war das einzige, stets rasch ausverkaufte Satiremagazin der DDR. Zum Gesamtwerk John Staves zählen viele Bände mit Kurzgeschichten, Kinderbüchern und Rundfunkbeiträgen. Gemeinsam mit seiner Ehefrau Gabriele, ebenfalls Journalistin und Schriftstellerin, lebte John Stave von 1981 bis zu seinem Tod 1993 in der Gubener Straße 22. Die Nachbarschaft war vor der Wende wegen der in der DDR üblichen Wohnungsvergabe bunt gemischt. Anwälte und Ärzte lebten ebenso in der Straße wie Arbeiter, Künstler und Handwerker. Der Kontakt unter den Hausbewohnerinnen und Hausbewohnern war viel enger, als es heute im Kiez üblich ist, erinnert sich Gabriele Stave.

In John Staves autobiographischem Buch „Stube und Küche. Erlebtes und Erlesenes“ wird der Friedrichshainer Alltag in den Jahren 1928 bis 1985 lebendig. Das Buch erfuhr seit

1987 neun Nachauflagen und gilt als eines der Standardwerke über die Geschichte Friedrichshains und des Berliner Ostens. John Stave ist auf dem Georgen-Parochial-Friedhof II an der Friedenstraße/Landsberger Allee begraben.

„STOLPERSTEINE“

„Stolpersteine“ sollen an deportierte und ermordete Menschen während der Zeit des Nationalsozialismus erinnern und ihnen ein Stück Identität zurückgeben. Es sind Betonsteine mit einer 10 mal 10 Zentimeter großen Messingplatte Oberfläche, die vor den Wohnhäusern der Opfer in den Gehweg eingelassen werden. Initiator dieser Erinnerungsarbeit ist der Bildhauer Gunther Demnig, der die Steine seit Mitte der 90er Jahre immer selbst verlegt.

Die „Stolpersteine“ erinnern an alle Opfergruppen: Jüdinnen und Juden, politische und christliche Oppositionelle, Homosexuelle, Euthanasieopfer, Zeugen Jehovas und andere. Roma und Sinti möchten allerdings diese Form des Erinnerns bislang nicht.

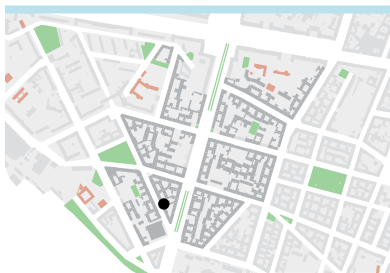
Stolpersteine für Familie Minner



Die „Stolpersteine“ sind ein Bürgerprojekt, denn die Verlegung der Steine ist wie die Recherche zu den Biographien und die Pflege der Messingoberfläche von PatInnen abhängig.

Herstellung und Verlegung eines Steines kosten 95 Euro. In der Regel sind Name, Geburts- und Todesdatum sowie der Ort der Ermordung eingraviert. Insgesamt erinnern rund 7500 Steine an 130 Orten in Deutschland an die Verfolgten des Nationalsozialismus. 2010 waren in Friedrichshain-Kreuzberg 550 Steine verlegt, ein Drittel davon in Friedrichshain.

Gubener Straße 36: Stolpersteine vor dem Haus erinnern an Familie Minner



Vor 1933 lebten etwa 8000 jüdische BürgerInnen in Friedrichshain. Laut Volkszählung von 1925 bekannten

sich 2,4 Prozent der Bevölkerung des Bezirks zum jüdischen Glauben und damit weniger als in ganz Berlin. Wie die meisten BewohnerInnen des Stadtteils gehörten sie eher zu den einfachen Leuten. Über ihr alltägliches Leben vor der Verfolgung ist daher wenig überliefert. Neben der Mehrzahl von Arbeiterfamilien gab es über 500 jüdische Unternehmer, vor allem in der Warschauer Straße, in der Frankfurter Allee und in der Großen Frankfurter Straße. So befand sich in der Frankfurter Allee das Kaufhaus Hertie der deutsch-jüdischen Unternehmerfamilie Tietz.

Die antisemitische Politik des NS-Staates zerstörte schrittweise die Existenzgrundlage der jüdischen Deutschen. Erlasse und Sondergesetze drängten sie in die Position von Rechtlosen, deren Leben zunehmend durch Misshandlungen, willkürliche Verhaftungen und erzwungene Übereignung ihres Eigentums bestimmt wurde.

Die ersten jüdischen Todesopfer aus Friedrichshain waren Men-

schen, die in der Reichspogromnacht im November 1938 verhaftet und in das Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt worden waren. Am 18. Oktober 1941 begannen die Massendeportationen aus Berlin, die den Auftakt zur systematischen Vernichtung der deutschen Juden bildeten.

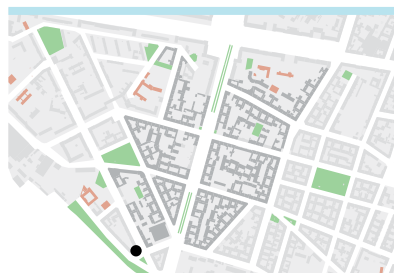
Aus der Gubener Straße musste die 65jährige Witwe Agnes Minner zusammen mit ihren beiden erwachsenen Kindern den ersten Deportationszug besteigen, der in das Ghetto von Łódź fuhr. Der gelernte Textilkaufmann Erich Minner, der zum Zeitpunkt der Deportation 40 Jahre alt war, hatte zuletzt bei der Müllabfuhr in Schöneberg gearbeitet. Er starb Ende Juni 1943 im Ghetto, seine Schwester Margarete im Oktober. Agnes Minner wurde bereits im September 1942 ins Lager Kulmhof weiterdeportiert und dort ermordet. Die drei vor dem Haus verlegten „Stolpersteine“ erinnern an Familie Minner. Nach Kriegsende lebten nur noch 210 jüdische Deutsche in Friedrichshain.

21 — Helsingforser Straße 23–39 / Marchlewskistraße 92–108

Helsingforser Platz / Marchlewskistraße 1985, Baufläche 1983; Helsingforser Platz 1946, Filmszene (S. 33 unten)



Helsingforser Straße 23–39 und Marchlewskistraße 92–108: Die andere Platte



Die Verbesserung des Wohnungsangebots in Ost-Berlin galt in den 1980er Jahren politisch als eine der vordringlichsten Aufgaben.

Baukombinate fast aller 15 Bezirke der DDR arbeiteten deshalb in der Hauptstadt. Neue Wohnungen wurden in Großplattenbauweise gefertigt und daneben gleichzeitig zunehmend die Altbauquartiere saniert. Ihr Verfall konnte aber aufgrund des Arbeitskräfte- und Materialmangels nicht gestoppt werden, so dass die Wohnungsnot bis zur Wende anhielt. Die Nachfrage konzentrierte sich trotz der Erneuerung der Altbauten auf die besser ausgestatteten Neubauwohnungen. Die Wohnungsbauserie (WBS) 70 wurde ab Mitte der

1970er Jahre zum vorherrschenden industriellen Bausystem in der DDR. Damit waren Wohnungstypen vorgegeben und die Ausstattung und Zimmeraufteilung stark vereinheitlicht. Unter den Ost-Berliner Bezirken wies Friedrichshain mit seiner vorherrschenden Altbausubstanz zu Beginn der 1980er Jahre den höchsten Anteil an Ein- und Zwei-Zimmer-Wohnungen auf. Die Nachfrage nach familiene geeigneten Wohnungen war so besonders schwer zu befriedigen.

Der Block zwischen Helsingforser Straße, Marchlewskistraße und Helsingforser Platz wurde 1980 als Standort für Wohnungsneubau im Fünfjahresplan 1981–85 festgelegt. Nach dem Abriss der zerstörten Vorkriegsbauten hatte sich dort eine Grünfläche befunden. Jahrelang schien die Fläche aufgrund des historischen Stadtgrundrisses ungeeignet, um dort die Großplattenbauweise anzuwenden. Möglich wurde die Neubebauung schließlich durch die Weiterentwicklung von WBS-70-

Bausegmenten für das Pilotprojekt „Komplex Marchlewskistraße“.

Die städtebauliche und bautechnische Konzeption, die einer Neuausrichtung des Wohnungsbaus für die innerstädtischen Altbauquartiere gleichkam, erarbeiteten Dorothea Krause und Wolfgang Ortmann.

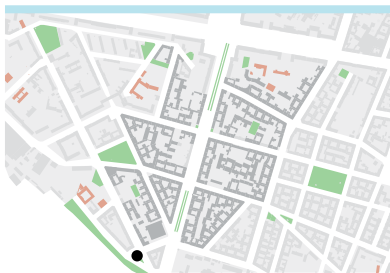
Die Montageelemente wurden so angepasst, dass die alte Bebauungshöhe und die Baufluchten eingehalten werden konnten und eine Eckausbildung für die „Kopfbebauung“ möglich wurde. Loggien und Dachkanten bewirkten eine ansprechende Fassadengliederung. Auch wenn das Pilotprojekt vielleicht nicht auf den ersten Blick als „andere Platte“ erkennbar ist, zeigt sich hier in manchen Details eine Bauweise, die bauliche Strukturen der benachbarten Altbauten aufnimmt und ergänzt.

In dem Bauprojekt entstanden zwischen 1983 und 1984 insgesamt 262 Wohnungen, die heute im Eigentum der Genossenschaft Friedrichs-Heim eG sind.

„Wriezener Freiraumlabor“: im Bau; Loktransport vom Wriezener Bahnhof zur „Stalinallee“ 1952 um Block C-Süd zu beheizen



Helsingforser Platz: Drehort



Die Umgestaltung des Helsingforser Platzes ist eines der noch nicht realisierten Sanierungsprojekte. Geplant ist, die Fläche ab 2012 zu einem kleinen Stadtplatz aufzuwerten. Mit Blick auf die Namensgeberin Helsingfors, wie die finnische Hauptstadt Helsinki auf Schwedisch heißt, sollen der Bodenbelag und die Bepflanzung an eine finnische Schärenlandschaft erinnern.

In der DDR wurde der Helsingforser Platz häufig als Ort mit historischer Bedeutung dargestellt. Hier hatte angeblich die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei (SED) ihren öffentlichen Ausdruck gefunden. Auch die mit der Neubebauung am Helsingforser Platz betraute Architektin Dorothea

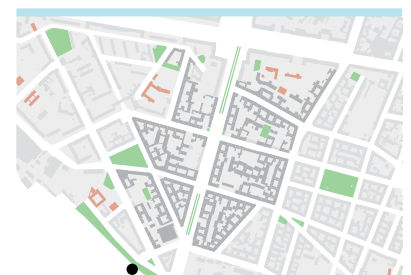
Krause verwies später auf dieses Ereignis und die damit verknüpfte besondere städtebauliche Gestaltungsaufgabe.

Diese Geschichtserzählung stützt sich, und das auch häufig heute noch, auf eine Szene aus dem Dokumentarfilm „Einheit SPD-KPD“, die jedoch keineswegs dokumentarisch ist.* Vielmehr wurde sie 1946 für den Film vor den Trümmern am Helsingforser Platz gestellt. In einem Interview von 2006 erklärt der Regisseur Kurt Maetzig, wie die Szene anlässlich der Vereinigung von SPD und KPD zur Sozialistischen Einheitspartei zustande kam: „Wir baten einfach die Teilnehmer einer der vielen Demons-



trationen in jenen Tagen darum, für den Film ‚Einheit‘ dieses Transparent auf unser Zeichen zu erheben, und leiteten dann den Demonstrationszug an die Stelle, die wir für die Aufnahme zuvor ausgewählt hatten.“

„Wriezener Freiraumlabor“: Von Lokomotiven, Natternköpfen und einer anderen Bürgerbeteiligung



Die Ende 2011 fertiggestellte Grünfläche auf dem Gelände des ehemaligen Wriezener Bahnhofs sieht schon auf den ersten Blick anders aus als andere Parks. Vielleicht denkt der eine oder andere sogar, dass die Fläche vergessen wurde, denn die Spontanvegetation wie der Natternkopf kann sich nahezu frei entfalten. Die zwei Hektar große Grünanlage entlang der Hel-

24— Warschauer Straße

Warschauer Straße zu Beginn des 20. Jahrhunderts (links) und 1986 (rechts); Patzenhofer Ausschank in der Nummer 79 (mitte)



singforser Straße ist Ergebnis einer intensiven Bürgerbeteiligung. Beschlossen wurde 2005 im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplans für den früheren Güterbahnhof, dass neben einem Misch- und Gewerbegebiet auch eine öffentliche Grünfläche auf dem viele Jahre brachliegenden Bahnareal entstehen soll. Denn in den hochverdichteten Quartieren rund um die Warschauer Straße sind solche Flächen besonders rar.

Die Idee, den Park gemeinsam mit AnwohnerInnen, SchülerInnen des benachbarten Dathe-Gymnasiums, Initiativen und lokalen Unternehmen zu entwickeln, wurde in den darauffolgenden Jahren umgesetzt.

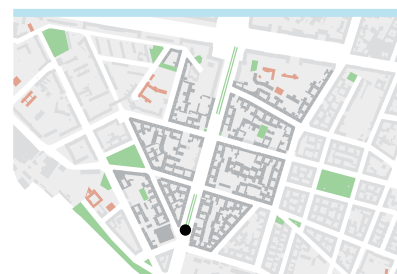


Das Wriezener Freiraum Labor bot für diese Art der Bürgerbeteiligung den konzeptionellen und organisatorischen Rahmen. Als Modellvorhaben im Programm „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt) wurde es vier Jahre lang durch Bundesmittel gefördert und durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung wissenschaftlich begleitet. Dabei ging es darum, urbane Freiflächen so zu gestalten, dass am Ende ein öffentlicher Raum für alle Generationen entsteht.

Der Park ist in mehrere Nutzungsmodule gegliedert, für die einzelne Gruppen die Verantwortung künftig tragen wollen. So werden sich SchülerInnen um das grüne Klassenzimmer und die BMX-Rad-Akrobaten um ihre Piste kümmern. Damit die wilde Pflanzenwelt, die sich auf der Brache über die Jahre entwickelt hat, in ihrer Artenvielfalt erhalten bleibt, wird eine Gruppe von „GärtnerInnen“ die notwendige Pflege übernehmen. Sie betreuen auch das Modul Gartenfläche. Der

instandgesetzte Lokscheunen soll Raum für AnwohnerInneninitiativen und Kulturveranstaltungen bieten. Der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) koordiniert im Auftrag des Bezirksamtes die erforderlichen Absprachen und wird den GroßstädterInnen den Wert dieser wild bewachsenen Flächen näher bringen. Ob die Grünfläche einen Namen bekommt, ist noch nicht entschieden. „Wriezener Park“ wäre eine Möglichkeit, an die Geschichte des Geländes zu erinnern.

Warschauer Straße: Mehr als nur Hauptverkehrsstraße



Die Warschauer Straße, die ihren Namen 1874 erhielt, war Teil des von James Hobrecht vorgesehenen Ringstraßensystems. Sie gehörte zur inneren Ringstraße seines Be-

Warschauer Straße Ecke Gubener- und Revaler Straße zu Beginn des 20. Jahrhunderts; Warschauer Straße 26



bauungsplans von 1862 und endete bis zum Bau der Oberbaumbrücke am Stralauer Tor, wo die Zoll- und Akzisemauer verlief. Die Ausweitung von Straßenflächen und damit die Erschließung von Baugelände durch den „Hobrecht-Plan“ bewirkte eine enorme Wertsteigerung der Grundstücke. Eine Bau- und Bodenspekulation war die Folge. Die Nachfrage nach Baugrund stieg rasant an: Berlins Bevölkerung wuchs von 500.000 EinwohnerInnen Mitte des 19. Jahrhunderts auf 3,7 Millionen EinwohnerInnen im Jahr 1910.

Die Baupolizeiordnung erlaubte eine hohe Flächenausnutzung mit Hinterhofbebauung und Durchmischung von Wohn- und Fabrikgebäuden, die für viele Grundstücke der Warschauer Straße charakteristisch ist. Mit der Fertigstellung der Oberbaumbrücke endete der Straßenzug seit 1886 nicht mehr an der Spree. Die Warschauer Straße wurde um die Jahrhundertwende bebaut und mit U-, S- und Straßenbahnanschluss zu einer der wichtigsten Verkehrsadern Friedrichs-

hains entwickelt. Als florierende Geschäftsstraße spielte sie bis zum Mauerfall eine große Rolle für die Nahversorgung und das soziale und kulturelle Leben im Bezirk.

Auch wenn Kriegszerstörungen und die Überformungen der Fassaden in der DDR-Zeit der Straße viel von ihrem repräsentativen Bild nahmen, erfuhr sie erst in den Jahren nach der Wende einen Bedeutungsverlust. Der motorisierte Verkehr und Billigläden prägten die Straße immer mehr. Im Rahmen der Sanierung wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen, um trotz der überörtlichen Verkehrsfunktion die Aufenthaltsqualität zu erhöhen und den Einzelhandel zu stärken. Dazu gehörten ein Gewerbemanagement und die Beratung der HauseigentümerInnen zur Farbgestaltung der Straßenfassaden. Am Konzept dafür war die Betroffenenvertretung stark beteiligt. Nicht zuletzt wurde 2001/02 die Mittelpromenade neu gestaltet. Obwohl zwischen Straßenbahngleisen und Fahrbahnen eingezwängt, durch Verkehrslärm und Autoab-

gase belastet, wird die Mittelpromenade von den BewohnerInnen als Grünfläche genutzt und durchaus geschätzt. Ab 2012 wird der Gehweg- und Fahrbahnbereich der Warschauer Straße umgebaut.

Die Gehwege werden erneuert und etwas erweitert, und auf den Fahrbahnen werden durchgängig Fahrradspuren markiert. Dafür fallen zwar fast alle Parkplätze weg, doch der Radverkehr wird sicherer und FußgängerInnen haben weniger Ärger mit GehwegradlerInnen.

Warschauer Straße 26: Zeugnis des einstigen Straßenbildes



Das denkmalgeschützte Wohnhaus Warschauer Straße 26 wurde 1899 bis 1901 gebaut und ist eines der ältesten Gebäude im ehemaligen

Erich Mühsam; Straßenfassade Warschauer Straße 62 um 1935, Warschauer Straße Ecke Gubener Straße 1989 (unten)

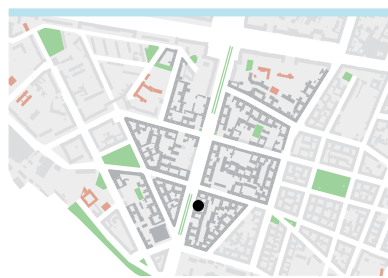


Sanierungsgebiet. Ende des 19. Jahrhunderts hatte der Bankier Georg Götting das Grundstück ebenso wie die Gubener Straße 37 und die Kopernikusstraße 2/3 erworben, die Parzellen baureif gemacht und dann mit Gewinn wieder veräußert – ein kleines Beispiel für den spekulativen Umgang mit Bauland während der Stadterweiterung Berlins.

Der neue Eigentümer, selbst Architekt und Maurermeister, ließ dort ein repräsentatives Mietshaus errichten, dessen Gestaltung auf die Bedeutung der Warschauer Straße als Hauptgeschäfts- und als Wohnstraße auch für bürgerliche Schichten hinweist. Es ist das einzige Ge-

bäude in der Warschauer Straße, das mit seiner reich verzierten Fassade und den schmiedeeisernen Balkonen noch einen Eindruck von dem ursprünglichen Straßenbild der Jahrhundertwende vermitteln kann. Bei allen anderen Häusern wurden die Straßenfassaden vor allem in den 60er und 70er Jahren „geglättet“ und die Stuckelemente abgeschlagen.

Warschauer Straße 62: Erich Mühsam



Heute erinnert nichts mehr daran, dass im Haus Warschauer Straße 62 einst Anarchisten eine Buchhandlung betrieben und verschiedene Zeitungen, Zeitschriften und Flugblätter redigierten und verlegten. Bis Anfang der 1930er gab es in Friedrichshain eine Reihe von Orten, an

denen sich diese Gruppen trafen, um zu diskutieren oder gemeinsam politische Texte zu lesen. Meistens waren es kleine Versammlungsstätten, Lokale wie die Gastwirtschaft von Oskar Ihn in der Boxhagener Straße 12 oder das „Jerrasch“ in der Boxhagener Straße 23.

Erich Mühsam, Schriftsteller, Dichter, Anarchist und Freigeist, verkehrte an diesen Orten. Er nahm an Versammlungen teil, hielt Vorträge und hatte dort seine Freunde. Er war bekannt als politisch radikaler Publizist mit messerscharfem Wortwitz, kompromisslos in seinem Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit, autoritäre gesellschaftliche Strukturen und Konformismus. Tief verbunden fühlte er sich dem „fünften Stand“, denen, die in der sozialen Hierarchie auf der untersten Stufe standen. Er wurde 1878 in Berlin als Sohn jüdischer Eltern geboren und wuchs in Lübeck auf. 1900 zog er nach Berlin um, wo er Kontakte zu anarchistischen Arbeiterkreisen knüpfte und vier Jahre lang als politischer Redakteur und Schriftsteller arbei-



Warschauer Straße 60: Vorderhaus vor und nach der Sanierung

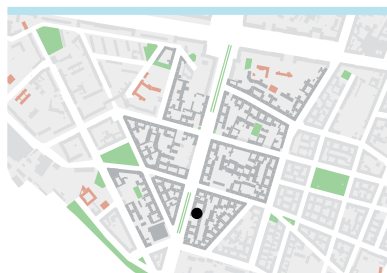


tete. Nach Aufenthalt in der Schweiz, Paris und Wien lebte er ab 1909 in München, wo er das Blatt „Kain – Zeitschrift für Menschlichkeit“ herausgab. 1919 wurde er als einer der führenden Aktivisten der Münchner Räterepublik zu 15 Jahren Festungshaft verurteilt. Nach seiner Amnestierung 1924 ging er nach Berlin zurück. Mühsam wurde Gründer und Herausgeber der anarchistischen Zeitschrift „Fanal“, an der zeitweise auch sein Untermieter, der junge Herbert Wehner, mitarbeitete. 1926 trat Mühsam aus dem Judentum aus. Kurz nach der nationalsozialistischen Machtergreifung wurde er als profilierter Gegner des Nationalsozialismus am 28. 02. 1933 durch die SA verhaftet, nacheinander in verschiedene Gefängnisse verschleppt, in denen er schwer misshandelt und gefoltert wurde, und schließlich ins KZ Oranienburg gebracht. Dort wurde er im Juli 1934 ermordet.

Seine Frau Zenzl, die noch 1934 in die Sowjetunion emigrierte, hatte den umfangreichen Nachlass Erich

Mühsams zwar retten können, wurde aber schon wenige Jahre später Opfer der stalinistischen Repression und verbrachte wegen „konterrevolutionärer Agitation“ fast 20 Jahre in sowjetischen Gefängnissen und Arbeitslagern. Sie lebte nach ihrer Freilassung 1954 bis zu ihrem Tod 1962 in Ost-Berlin. Die 1951 nach Erich Mühsam benannte Mühsamstraße in Friedrichshain erinnert an den Schriftsteller und seine Ermordung durch die Nationalsozialisten. In Dahlem hat er gemeinsam mit seiner Frau ein Ehrengrab der Stadt Berlin.

Warschauer Straße 60: Heinrich Thieslauk – Erinnerungskultur



Die bronzene Gedenktafel an der Fassade des Hauses Warschau-



er Straße 60 erinnert an den Friedrichshainer Heinrich Thieslauk, der dort mit seiner Familie wohnte und 1937 in Gestapo-Haft starb. Zunächst Mitglied der SPD, trat er später in die KPD ein. Im Februar 1937 verhaftete ihn die Gestapo das erste Mal für einige Stunden, am 4. März kam er erneut in Haft. Zwei Tage später informierte man seine Frau darüber, dass ihr Mann Selbstmord begangen habe. Er wurde 50 Jahre alt. Seiner Witwe Emma Thieslauk, die selbst durch Vernehmungen gesundheitlich angegriffen war, verweigerte der Staat nach dem Tod ihres Mannes die Sozialunterstützung. Zu DDR-Zeiten wurden insgesamt 36 Gedenk- und Erinnerungstafeln

Heine Propeller Werkstatt; LZF 129; Warschauer Straße 58 (unten)



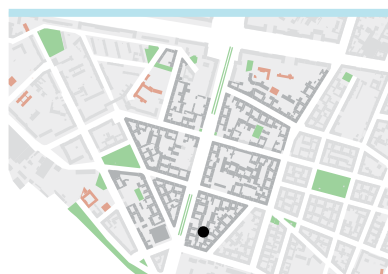
© Archiv der Luftschiffbau Zeppelin GmbH

in Friedrichshain angebracht. Sie erinnern an Menschen, die für ihren politischen Widerstand verfolgt, gefoltert und ermordet wurden. Friedrichshain hatte traditionell eine starke Arbeiterbewegung. Davon zeugte auch das Wahlergebnis der Reichstagswahlen vom März 1933. Trotz der politischen Verfolgung bekamen SPD und KPD zusammen noch 57,4 Prozent der Stimmen, während die NSDAP 28,9 Prozent erhielt. Dennoch setzte die NSDAP wenig später Zeichen ihrer Macht in einer der Hochburgen der linken Arbeiterorganisationen. Schon 1933 wurden der Bezirk sowie das Krankenhaus Friedrichshain und andere öffentliche Einrichtungen nach dem Nationalsozialisten Horst Wessel umbenannt. Der SA-Sturmführer Horst Wessel war 1930 an den Folgen einer Schussverletzung gestorben und wurde von der NSDAP zum Märtyrer erklärt.

Die Warschauer Straße 60 und der benachbarte Wohnkomplex Warschauer Straße 61 werden heute als „Grussank Höfe“ beworben, die

sich durch ihre Nähe zu Media-sprees „in Berlins neuer Toplage“ auszeichnen. Benannt sind die 1897 errichteten Wohn- und Fabrikgebäude, die umfangreich saniert und zu Loftwohnungen umgebaut wurden, nach ihrem ursprünglichen Bauherrn Heinrich Grussank. Ob Gedenktafeln und Hofbenennungen Namen wie Thieslauk und Grussank im kollektiven Gedächtnis der BezirksbewohnerInnen verankern, bleibt abzuwarten.

Warschauer Straße 58: Hugo Heines Möbelfabrik und Propellerwerk



Nahezu sechs Jahrzehnte war im zweiten Hinterhof der Warschauer Straße 58a das holzverarbeitende Gewerbe ansässig. Das Grundstück wurde in den Jahren 1902 und 1903

mit einem Vorderhaus, Seitenflügel, Quergebäude und einer Etagenfabrik bebaut, in der zunächst die Piano- und Flügelfabrikation Menzel des Grundstückseigentümers ansässig war. Ab Mitte der 20er Jahre produzierte hier das Propellerwerk des Möbel- und Modelltischlers Hugo Heine. Begonnen hatte alles in Waidmannslust. Dort produzierte Hugo Heine ab 1910 neben Möbeln auch Holzpropeller für Flugzeuge. Im Ersten Weltkrieg florierte das Geschäft so gut, dass er weitere Fabrikationshallen bauen ließ und mehr als 300 Mitarbeiter beschäftigte. Als nach Kriegsende der Versailler Vertrag Deutschland den Flugzeugbau verbot, brach die Propellerproduktion zusammen.



Eingang zum „RAW-Gelände“; Reichsbahnausbesserungswerk Franz Stenzer 1987; Heine Propeller der LZF 129 (unten)



Hugo Heine verlegte sein Hauptgeschäft zunächst wieder auf die Möbelproduktion und erwarb das Fabrikgebäude in der Warschauer Straße 58a. Dort arbeitete er, nachdem das Verbot aufgehoben war, an der technischen Verbesserung seiner Holzpropeller. Bald hatte er Kunden in ganz Europa. 1930 lieferte er die 50.000. Luftschaube aus. Als er 1935 das 25-jährige Unternehmensjubiläum feierte, bestand die Belegschaft aus 300 Handwerkern, 60 Angestellten und vier Luftfahrtingenieuren. Zu den Fahrzeugen, die mit Propellern der Firma Heine ausgestattet waren, gehörte auch der berühmte Zeppelin LZF 129, besser bekannt als „Hindenburg“. Mit 246,7 Metern Länge und einem

Durchmesser von 41,2 Metern eines der größten jemals gebauten Luftschiffe, wurde der Luxuszeppelin auch auf Transatlantikflügen eingesetzt bis er 1937 bei der Landung in den USA verunglückte.

Ab den 1930er Jahre bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs war die deutsche Luftwaffe Hugo Heines Hauptauftraggeber. Während des Krieges galt der Betrieb als „kriegswichtig“ und beschäftigte Zwangsarbeiter aus Frankreich, Holland und Belgien. Wegen der Luftangriffe verlagerte Heine sein Werk 1943 nach Schlesien. Nach Kriegsende wurde Hugo Heines Möbelfabrik & Propellerwerk als Zulieferer von militärischem Material entschädigungslos enteignet. In den Fabrikräumen der Warschauer Straße 58 entstanden auch danach weiterhin Möbel.

Ab 1950 war der VEB Berliner Möbelfabriken dort ansässig. Mitte der 60er Jahre zog die Betriebsberufsschule des VEB Glühlampenwerk NARVA in die Fabrik. Heute sind in der Etagen-

fabrik Dienstleistungsbetriebe beheimatet wie zum Beispiel die ABS-Brücke GmbH, die kostenlos Möbel an Bedürftige verteilt.

„Experimentierraum RAW“



Die Königliche Eisenbahn-Hauptwerkstatt Berlin II, das spätere Reichsbahnausbesserungswerk (RAW), wurde 1867 in Betrieb genommen und war der älteste Betrieb in Friedrichshain. Das bauliche Ensemble entlang der Revaler Straße vermittelt noch das ursprüngliche Erscheinungsbild des Werksgeländes und ist heute denkmalgeschützt. Über mehr als 100 Jahre wurden hier Waggons und Lokomotiven repariert und gewartet. 1967 erhielt das RAW den Namen des Kommunisten Franz Stenzer, der in der NS-Zeit ermordet

Durchblick zum Skatercafé; Wetterfahne der Königlichen Ostbahn auf dem RAW-Gelände



worden war. An ihn sowie an Ernst Thälmann erinnert eine Gedenkstätte auf dem Gelände. Mit einer Fläche von 85.000 Quadratmetern war das RAW das einst größte Bahnareal in Deutschland. Nach der Wende wurde das Werk schrittweise stillgelegt. 2001 übernahm eine private Immobilienfirma der Deutschen Bahn das Gelände, deren Ziel der Verkauf der Liegenschaft war.

1999 begannen verschiedene soziokulturelle Projekte das Areal zu nutzen. Drei Jahre später waren bereits über 50 Initiativen wie Werkstätten für KünstlerInnen und HandwerkerInnen oder Theatergruppen dort ansässig. Die Skaterhalle, der als Kletterturm genutzte Spitzbunker und der Club Cassiopeia zählten 2006 allein 220.000 Besucher.

Das RAW-Gelände bietet für viele AnwohnerInnen eine Fülle an Freizeitmöglichkeiten und ist ein wichtiger Ort der Kommunikation und sozialer Netzwerke im Quartier. Hauptziele der RAW-AkteurInnen waren eine vertragliche Absicherung ihrer Nutzungen, eine Öffnung

des Geländes für die Bewohnerschaft und eine Weiterentwicklung des Geländes unter Beteiligung der BürgerInnen. Auch wenn die Projekte sehr unterschiedlich sind, so ist doch das gemeinsame Ziel der Erhalt der Gebäude. Neu gegründete Dachorganisationen entwarfen ein Gesamtkonzept für die Entwicklung des Geländes und verhandelten mit den Eigentümern über Nutzungsverträge und Kaufoptionen. BezirkspolitikerInnen übernahmen in diesem konfliktreichen Aushandlungsprozess eine Vermittlerrolle.

2007 wurde das Gelände an einen neuen Investor verkauft. Die R.E.D. Real Estate Development plant den Abriss der meisten Gebäude und eine Neubebauung. Vor diesem Hintergrund wurden erneute Verhandlungen um Nutzungsverträge geführt, die für den Verein RAWtempel und die BetreiberInnen des Kletterturms und der Skaterhalle eine Nutzungsdauer bis 2019 vorsehen. Marode Werkshallen sind mittlerweile abgerissen, neue Betriebe



mit kommerziellem Charakter haben sich auf dem Gelände niedergelassen und das wuchernde Gehölz ist gerodet. Dadurch hat das Gelände seinen morbiden Charme teilweise eingebüßt. Wie dieses große innerstädtische Areal künftig aussehen soll, ist noch immer umstritten. Die Forderung, das Gelände unter Beteiligung der NutzerInnen und AnwohnerInnen zu entwickeln, besteht weiterhin.

Literatur zum Weiterlesen

Laurenz Demps: Der Schlesische Bahnhof in Berlin, 1991
Paulhans Peters: Eine Zukunft für die Karl-Marx-Allee, 1997
H.-R. Sandvoß: Widerstand 1933-1945 – Widerstand in Friedrichshain und Lichtenberg, 1998
John Stave: Stube und Küche, 1991
Baudenkmale in Berlin, Bezirk Friedrichshain, Hrsg. Landesdenkmalamt Berlin, 1996
„Bewegte Zeiten – Friedrichshain zwischen 1920 und heute“, Broschüre zur gleichnamigen Ausstellung, Hrsg. ASUM GmbH, 2000
Stolpersteine für die von den Nazis ermordeten ehemaligen Nachbarn aus Friedrichshain und Kreuzberg, Hrsg. Neue Gesellschaft für Bildende Kunst e.V. mit Bezirksamt
Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, 2002
Zwangsarbeit in Friedrichshain und Kreuzberg 1938-1945; Broschüre zur gleichnamigen Ausstellung, Hrsg. Bezirksamt Friedrichshain – Kreuzberg von Berlin, 2002

Dank

Unser Dank gilt den InterviewpartnerInnen, UnterstützerInnen und Leihgebern, die das Zustandekommen der Broschüre ermöglichten. Insbesondere möchten wir uns bedanken bei Erika Hausotter, Dr. Susanne Heim, Rotraud Hornig, Dr. Susanne Kill, Katrin Krischok, Gabriele Stave, Inga Wurzbach, Wanja Abramowski, Prof. Dr. Laurenz Demps, Joachim Kraft, Andreas Matschenz, Joachim Sackhoff, Jörg Schmalfuß, Eckart Schwalm, Henrik Schiemann.

Bild- und Quellennachweis

ASUM: Titelbild, 6 unten, 9,10,11 links und rechts, 12 rechts, 13, 14 links, 17, 20 oben und unten, 21, 22 unten, 23 links, 24 links, 25, 26 links, 31, 33 rechts, 35 rechts, 37, 39 links, 40
„Architektur der DDR“.33.1984: 32 rechts
Archiv der Luftschiffbau Zeppelin GmbH: 38 oben rechts, 39 unten
BSM – Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung mbH / Ilka Flora: Icons, Karte U 4
Bundesarchiv: 3, 4 oben links, 36 oben links
Deutsche Bahn: 33 oben links, 39 oben rechts
Deutsches Technikmuseum Berlin: 38 oben links
Evangelisches Landeskirchliches Archiv: 22 oben Mitte, 23 oben rechts
Hornig, Rotraud: 14 oben rechts, 15 unten Kreuzberg
Museum für Stadtentwicklung und Sozialgeschichte: 4 oben Mitte, 11 Mitte, 20 Mitte, 22 oben rechts, 28 oben links, 29 unten, 30 oben links, 34 oben, 35 oben links, 36 unten
Landesarchiv Berlin: U 2, 4 oben rechts, 4 unten rechts, 5 oben rechts, 8, 12 links, 26 links, 32 links, 38 unten
Murbeck, Christian: 7
Progress Film-Verleih GmbH: 33 unten
* „Einheit SPD – KPD“ ist im Progress Film-Verleih, als DVD „Die Großen DEFA-Dokumentarfilme. Teil 2“ bei Icestorm erschienen.
Sackhoff, Joachim: 20, 21
Simmon, Elisabeth: Wriezener FreiraumLabor: 36 unten
Groenfeld, G. / Deutsches Historisches Museum, Berlin: 29 oben
Ullstein Bild: 22 oben links
Walter Rolf: 6 oben, 15 oben, 16, 30 oben rechts
Winkler, Ulli: 30 rechts
Zillmer, Kerstin: 9 unten



Impressum

Herausgeber

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin
Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Kerstin Kipker, Eckart Schwalm

Konzeption, Texte, Bildrecherche, Redaktion

ASUM GmbH – Angewandte Sozialforschung
und urbanes Management
Kerima Bouali

Gestaltung

Ilka Flora

Druck

Laserline Digitales Druckzentrum
Bucec & Co. Berlin KG

Berlin, im Mai 2012

Ansprechpartner

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg,

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Yorckstraße 4–11, 10965 Berlin

Kerstin Kipker, Eckart Schwalm

Telefon: (030) 90298-3782 / 90298-3086

ASUM GmbH –

Angewandte Sozialforschung und

urbanes Management

Sonntagstraße 21, 10245 Berlin

Kerima Bouali

Telefon: (030) 293431-16

e-Mail: bouali@asum-berlin.de

www.asum-berlin.de

